

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Goldpiennig, monatlich
2.- Goldmark voraus zahlbar. Unter
Kriegsband für Deutschland, Danzig,
Ganz- und Kleingarten, Oesterreich,
Litauen, Ungarn 4.50 Goldmark,
für das übrige Ausland 5.50 Goldmark
pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wolk und Zeit“ mit „Gie-
lung und Kleingarten“, sowie der
Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“
und Frauenbeilage „Frauenstimme“
erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags etwamal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Nonpareille-
zeile 0.70 Goldmark, Restausgabe
1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“
das fertige Blatt 0.20 Gold-
mark (zulässig zwei fertige Blatt
Zeilen), jedes weitere Blatt
0.10 Goldmark. Stellenzeile das
erste Blatt 0.10 Goldmark, jedes
weitere Blatt 0.05 Goldmark.
Wochens über 15 Buchstaben zählen
für zwei Worte. Familienanzeigen
für Abonnenten Zeile 0.30 Goldmark.
Ein Goldmark — ein Taler gereicht
durch 4.20.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Saalgebäude, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292-295
Verlag: Dönhoff 2506-2507

Donnerstag, den 14. August 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Vollstreckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstraße 3

Die Räumungsfrage im Mittelpunkt.

Noch kein Fortschritt. — Marx befragt den Reichspräsidenten.

Die entscheidenden Besprechungen in London, die am gestrigen Mittwochvormittag begonnen haben, sind in der sechsten Nachmittagsstunde wieder aufgenommen worden. Es nehmen daran teil Reichskanzler Marx, die Reichsminister Stresemann und Luther für Deutschland, Ministerpräsident Herriot, sein Kabinettschef Bergerie und sein Ministerialdirektor Peretti della Rocca für Frankreich, Ministerpräsident Theunis und Außenminister Hymans für Belgien. Der französische Kriegsminister General Nollet und der französische Finanzminister Clémentel waren an diesen Besprechungen vormittags nicht beteiligt, woraus hervorgeht, daß die Frage der internationalen Militärkontrolle in Deutschland und der deutsch-französischen Handelsvertrag zunächst nicht Gegenstand dieser Besprechung waren. Man hat gestern in London ausschließlich über die Fragen der militärischen Räumung des Ruhrgebiets, der Rückkehr der Ausgewiesenen, des Verbleibens von viertausend franco-belgischen Eisenbahnern im westdeutschen Eisenbahndienst und über den Transfer verhandelt. Es ist also die zentrale Bedeutung der Zurückziehung der militärischen Ruhrbesetzung auch von Frankreich und Belgien offenbar anerkannt.

In vorgerückter Nachtstunde liegt nur ein Teilergebnis der Londoner Mittwochbesprechung vor. Die französische Abordnung will die militärische Räumung des Ruhrgebiets erst in einem Jahre vornehmen und auch beenden. Die deutsche Abordnung fordert, daß die militärische Räumung der wirtschaftlichen Räumung ebenso auf dem Fuße folge, wie die französische Besatzungsarmee dem wirtschaftlichen Sanktionspersonal bei der Ruhrbesetzung gefolgt ist. Frankreich und Belgien haben wiederholt in offiziellen Regierungserklärungen an das Ausland, auch an Deutschland, wie vor ihren eigenen Parlamenten die militärische Ruhrbesetzung ausschließlich als Sicherungsmäßnahme und Vollziehungsgewalt für die wirtschaftliche Sanktion bezeichnet. Im Versailler Vertrag findet die Ruhrbesetzung keine Stütze. Das Recht ist unzweifelhaft und unbefristet auf der Seite der deutschen Forderung.

Die Londoner Konferenz soll nach dem übereinstimmenden Willen ihrer Teilnehmer Europa endlich den wahren Frieden und die Möglichkeit ungestörten Wiederaufbaus und zunehmender Bevölkerung bringen. Das französische Volk hat durch die Kammerwahl vom 11. Mai diesen Willen mit überwältigender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, die belgische Regierung hat mehr als einmal Zeichen des Verständigungswillens gegeben. Eine Verlängerung der militärischen Besetzung über die wirtschaftliche Räumung und über die technische Notwendigkeit hinaus, die der Abzug einer solchen Militärmacht erfordert, müßte, vor allem im Ruhrgebiet, als eine Ausnutzung der Gewalt, aber nicht als eine Wiederherstellung des Rechts empfunden werden.

Deutscher Verhandlungsbericht.

London, 13. August. (WZ.) Der Sonderberichterstatter des WZ. erzählt über die heutigen Verhandlungen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Delegationen, die den ganzen Vormittag und Nachmittag in Anspruch nahmen, daß in der Hauptfrage der militärischen Räumung kein Fortschritt erzielt wurde. Vormittags war die französische Delegation durch den französischen Ministerpräsidenten Herriot, Peretti della Rocca und Bergerie vertreten. Am Nachmittag nahmen auch der französische Finanzminister Clémentel und der Kriegsmi- nister Nollet an den Verhandlungen teil. Der französische Ministerpräsident erklärte, sein Vorschlag gehe dahin, daß die Ruhr ge- räumt werden solle in einem Maximum von einem Jahr. Er fügte hinzu, er könne keine Angaben über eine stufen- weise Räumung machen. Die von deutscher Seite gestellte Frage, von welchem Tage ab die Räumungsfrist in diesem Fall: zählen würde, soll morgen beantwortet werden.

Der Reichskanzler Marx war heute mittag bei dem bel- gischen Ministerpräsidenten Macdonald, um ihm von dem Ernst der Lage Kenntnis zu geben und ihm mitzuteilen, daß die deutsche Delegation auf diese französischen Vorschläge nicht eingehen könne. Da nachmittags angesichts des starken Gegen- satzes zwischen den beiderseitigen Auffassungen eine Stockung eintrat, teilte der Reichskanzler mit, daß er angesichts der überwie- genden Bedeutung dieser Frage sich mit dem Reichspräsi- denten in Verbindung setzen würde. Es ist anzunehmen, daß diese Befragung erst morgen erfolgen wird, wenn die Franzosen die ver- sprechende Auskunft gegeben haben.

Es wurde dann noch über die Frage der Rückkehr der Aus- gewiesenen verhandelt, in der eine Einigung erzielt wurde. Zur Frage der Eisenbahner erklärte Ministerpräsident

Herriot, er werde eine Lösung vorschlagen, von der er glaube, daß sie die Souveränität Deutschlands in bezug auf Reichsbahnen und Eisenbahnen unbedingt sicherstellen und andererseits eine Gewähr für die Sicherheit der Besatzungsgruppen geben werde. Der französische Ministerpräsident bemerkte noch, die Frage der Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort könne nicht zwischen den Deutschen, Franzosen und Bel- gieren allein behandelt werden, da andere Mächte an dem betreffen- den Beschluß beteiligt gewesen seien.

Morgen vormittag 10 Uhr erfolgt eine Zusammenkunft der deutschen, französischen und belgischen Delegierten zur Besprechung einiger anderer schwebender Fragen. Um 10 Uhr findet eine Sitzung des Rats der Vierzehn statt.

Das Ergebnis des heutigen Tages kann dahin zusammengefaßt werden, daß in den meisten behandelten Punkten eine Einigung erzielt wurde, nur nicht in der Hauptfrage der mili- tärischen Ruhräumung. Die Auffassung in den Kreisen der deutschen Delegation über die hierdurch entstandene Lage ist ernst.

Loucheur als Quertreiber.

Paris, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Rolle, die der frühere Minister Loucheur in London spielt, gehen in Paris Gerüchte, die ernsthafte Quertreibereien der von Loucheur gegründeten Gruppe der Radikalen Linken befürchten lassen. Es verlautet, daß Loucheur den französischen Ministerpräsidenten darauf aufmerksam gemacht habe, daß diese Fraktion, die mit ihren 40 Mit- gliedern den rechten Flügel der Regierungsmehrheit bildet, über den bisherigen Verlauf der Londoner Verhandlungen stark be- unruhigt sei und die Regierung auf ein Vertrauensvotum von ihr nur rechnen könne, wenn sie als Gegenleistung für die von Frankreich gebrachten großen Opfer entsprechende Zugeständnisse bei den interalliierten Schulden und vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet mitbringe. Wie weit Loucheur er- mächtigt ist, im Namen seiner Fraktion, der allerdings eine Reihe sehr unzuverlässiger Elemente, wie der ehemalige Finanz- minister Klotz, angehören, zu sprechen, sei dahingestellt. In Paris nimmt man jedenfalls an, daß sein Mandat darauf berechnet ist, Herriot zu zwingen, sich bei den Verhandlungen mit den Deutschen das zu der privaten Interessensphäre Lou- cheurs gehörende Projekt einer französischen Kapitalbeteili- gung an wichtigen deutschen Industrien zu eigen zu machen.

Parallelverhandlungen.

Paris, 13. August. (WZ.) Nach dem Londoner Sonder- berichtersteller der Agentur Havas hätte man unabhängig von den Fragen, die heute morgen zwischen den französischen, belgischen und deutschen Delegierten verhandelt wurden, noch die Bedingungen zu bestimmen, unter denen die Probleme der interalliierten Schul- den, der deutsch-französischen Handelsbeziehungen und der Entwaffnung Deutschlands geregelt werden sollen. Clé- mentel und Nollet seien bemüht, in dieser Hinsicht Zusicherun- gen zu erhalten. Wenn sie sie erhalten sollten und wenn auf der anderen Seite heute abend mit den Deutschen eine Einigung über die Räumung des Ruhrgebietes zustande käme, sowie über die da- mit zusammenhängenden Fragen, würde in den Arbeiten der Kon- ferenz ein beträchtlicher Fortschritt erzielt sein, und der Abschluß könnte dann ziemlich ruhig erscheinen.

Das Kriegsschuldenproblem.

London, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Auf französischer Seite macht sich der Wunsch immer stärker bemerkbar, gleichzeitig über die interalliierten Schulden Zusicherungen zu er- langen, die zum mindesten eine Lösung dieser Frage im Sinne der Formel ermöglichen, die vor 1 1/2 Jahren von dem konservativen Kabinett Bonar Law in Aussicht gestellt wurde. Nicht nur Clé- mentel und Loucheur, der seinen Aufenthalt in London verlängert hat, drängen auf eine Klärstellung dieser Frage. Auch die französischen Sozialisten sind der Auffassung, daß die Lösung des Reparations- problems unmöglich sei ohne eine Regelung der Schulden Frankreichs.

Die Anleiheausichten.

Paris, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach hier vorlie- genden Meldungen sollen die amerikanischen Bankiers Otto Kahn und Sisson, die am Mittwoch, von einer Europareise zurückkehrend, in New York gelandet sind, die Ueberzeugung ausgesprochen haben, daß die 800-Millionen-Anleihe sehr schnell gezeichnet werde. Man glaube, daß die internationale Finanz sich darüber innerhalb vier- zehn Tagen einigen werde. Als Bedingungen werden genannt: eine 7prozentige Verzinsung und ein Ausgabekurs von 93.

Vulkanausbruch in Portugal. In Lissabon fand nach offiziellen Mitteilungen ein kommunikativer Vulkanausbruch statt. Einige Ban- ken sind geschlossen, im Beschluß daran mehrere Personen verhaftet worden. Militär und Polizei beherrscht die Stadt.

Reform des Rechtswesens.

Die Stellung des Vorsitzenden im Strafgericht.

Man schreibt uns:

Der Zwischenfall im Potsdamer Waffendiebstahlprozeß hat eine Frage wieder einmal in den Vordergrund gerückt, die zu den wichtigsten der Strafrechtspflege gehört. Der Fall vor dem Staatsgerichtshof ist ein besonders auffallender unter zahllosen anderen, die im Wesen nicht besser sind. Und sie sind alle begründet in einem falschen System, das dringend der Verringerung bedarf.

Jeder kennt das Bild des Einzelrichters oder des Ge- richtsvorsitzenden, der in der Hauptverhandlung den Ange- klagten verhört. Er hat die Akten, die er bereits studiert hat oder doch haben soll, vor sich liegen und richtet nun an den Angeklagten und später an die Zeugen die Fragen, die ge- eignet sind, ein Geständnis oder die Ueberführung des leug- nenden Angeklagten herbeizuführen. Neben ihm haben die etwaigen Beisitzer, auch die Schöffen, Staatsanwalt und Ver- teidiger, auch der Angeklagte gegenüber Zeugen und Sach- verständigen, das Recht der Fragestellung. Aber der Vor- sitzende steht durchaus im Vordergrund. Seine Stellung als Verhandlungsleiter vereint sich mit seiner Aktenkenntnis, um die ganze Wucht der von Staatsanwaltschaft und Unter- suchungsrichter vorbereiteten Anklage auf den Beschuldigten herabzusetzen zu lassen.

Zwei Dinge sind dabei unverkennbar. Erstens, daß dieser Verhandlungsleiter nicht nur Richter, sondern auch Untersuchungsleiter ist, der — wenn er an die Schuld glaubt — auf die Schuldigerklärung hinarbeitet. Zweitens, daß von der völligen Unvoreingenommenheit, die vor dem Abschluß der Verhandlung bei dem Richter vorhanden sein sollte, fast nie die Rede ist. Der Vorsitzende hat sich nach dem Akteninhalt bereits eine Meinung gebildet. Es bedarf sehr schwerwiegender Ueberzeugungsgründe, um ihn davon, d. h. in der Regel von der Annahme der Schuld des Angeklagten, den ja der Eröffnungsbeschluß bereits als „hin- reichend verdächtig“ erklärt hat, abzubringen. Kommen dazu noch besondere Vorurteile sozialer oder politischer Art, wie sie in den Kommunistenprozessen fast immer zumungunsten, in den gegen rechts gerichteten nicht selten zugunsten der Ange- klagten ins Gewicht fallen, so kann von gleichmäßiger Ver- teilung von Licht und Schatten, von einer wirklich gerechten Gerichtsverhandlung nicht die Rede sein.

Außerungen wie die: „Angeklagter, wenn wollen Sie das weismachen?“ — „Nun, wir werden ja die Zeugen dar- über hören“ und ähnliche sind in unseren Gerichtsälen an der Tagesordnung. Handelt es sich dann gar um Richter wie den berühmten Brausewetter, der am Ende in geistiger Umnachtung gestorben ist, um ausgesprochen poli- tische Prozesse, in denen, wie in dem Prozeß Sköder von 1882 das „Sentiment“ des Vorsitzenden (damals freilich zum Nachteil des Hofpredigers) eine Rolle spielt, oder gar um gesinnungslose Werkzeuge politischer Mächte, die Richter- talar, dann kann es geschehen, daß die Gerechtigkeit mit Füßen getreten, die Gerichtsverhandlung zur Possen wird.

Durchgreifende Umgestaltungen unseres Rechtswesens in der Richtung zum Volksgericht werden nötig sein, um alle solche Klippen einer gerechten Rechtspflege zu vermeiden. Aber die Umgestaltung des Verfahrens im Sinne größerer Sicherung des Angeklagten ist eine Aufgabe für sich, deren Lösung nicht mehr lange verschoben werden darf.

Im Strafgerichtsverfahren gibt es zwei grundsätzliche Richtungen, die als Inquisitions- und als Anklageprozeß be- zeichnet werden. Das Wesen des Inquisitions- prozesses, bei dem man nicht immer an die Orneli der alten Kezerverfolgungen zu denken braucht, besteht darin, daß der urteilende Richter zugleich die Untersuchung führt, in der der Angeeschuldigte lediglich als Gegenstand der Untersuchung, nicht als gleichberechtigter Prozeßpartei erscheint. Bei dem Anklage- oder Parteienprozeß wird die Anklage entweder durch private Ankläger oder durch die Polizei, selten durch eine besondere Staatsanwaltschaft erhoben und bis zum Richterspruch durchgeführt. Auch in der Gerichtsverhandlung, in der der Richter nur die Verhandlung leitet, nicht aber den Angeklagten verhört. Dieser oder sein Verteidiger sind dabei dem Ankläger völlig gleichberechtigt; ebenso wie er Partei im Rechtsstreit.

In Deutschland hat an Stelle des altdeutschen Partei- prozesses sich vom Mittelalter an nach dem Muster kirchlichen („kanonischen“) Rechts der geheime und schriftliche Inqui- sitionsprozeß durchgesetzt, als dessen Behelfe früher die Folter, später immer noch eine Reihe fühlbarer Zwangsmittel ange- wandt wurden. Unter dem Einfluß der französischen Revo- lution und der im linksrheinischen Deutschland mit den französischen Errungenschaften gemachten Erfahrungen setzte sich seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts eine Umbildung in der Richtung zum Anklageprozeß durch. In der Frank- furter Reichsverfassung von 1849 heißt es in den Grundrechten (§§ 178, 179): „Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. In Strafsachen gilt der Anklage- prozeß. Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwere-

ren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urteilen." Das öffentliche Verfahren sollte die Tätigkeit des Gerichts der Nachprüfung durch die Volksmeinung unterstellen. Die Mündlichkeit der Verhandlung bezweckt, die Unmittelbarkeit des Eindrucks als Grundlage der Urteilsfindung zu sichern und die Beeinflussung der Rechtsprechenden durch die in den Akten niedergelegten Ergebnisse der geheimen Untersuchung auszuschließen.

Die Grundzüge von 1849 wurden in den deutschen Staaten vor der Reichsgründung teilweise, ungleichartig und widerspruchsvoll durchgeführt. Preußen brachte es überhaupt nicht zu einer einheitlichen Regelung. Bis zum 1. Oktober 1879, an dem nach mehrjährigen Vorarbeiten die einheitlichen Justizgesetze für das Reich in Kraft traten, standen die beiden Verfahrensordnungen nebst einer Reihe vermittelnder Gesetze nebeneinander in Deutschland in Kraft.

Die neue Strafprozessordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz verwirklichten zum überwiegenden Teil die Forderungen der Öffentlichkeit und Mündlichkeit für die Hauptverhandlung. Eine Öffentlichkeit der Voruntersuchung ist durch deren Zweck an sich ausgeschlossen, ließe sich aber durch Mitwirkung öffentlicher Vertrauenspersonen und ein gewisses Maß von Öffentlichkeit für die Fassung des Eröffnungsbeschlusses in einigem Umfang erreichen. In vollem Umfang besteht die Heimlichkeit fort für die Beratung des Gerichts, die zum Beispiel im Kanton Bern öffentlich stattfindet. Dazu ist durch die Einwirkung der geheimen Voruntersuchung und ihrer niedergelegten Ergebnisse auf den Gang der Hauptverhandlung auch deren Mündlichkeit erheblich beeinträchtigt. Wie leicht kann es vorkommen und kommt es vor, daß irgend ein Gegenstand der Untersuchungsakten, der auf die alten studierenden Richter, den Vorstehenden und den etwaigen Berichterstatter einen starken Eindruck gemacht hat, in der mündlichen Verhandlung gar nicht zur Sprache kommt, dann aber, ohne ein Gegengewicht durch weitere Erörterung erfahren zu haben, die freie Beweiswürdigung des Gerichts und dadurch das Urteil mitbestimmt.

Wöllig unzulänglich aber ist die Abwendung vom Inquisitionsprozess zum Parteiprozess. Nicht allein, daß die Verteidigung, zumal wenn der Angeklagte sich selbst verteidigt, keineswegs dem Staatsanwalt rechtlich gleichgestellt ist — auch der Richter bzw. der Vorsitzende steht noch zum guten Teil im Inquisitionsprozess. Er ist vorbereitet durch Akten, also schriftliches und geheimes Verfahren. Er verhört Angeklagte und Zeugen, setzt also die Untersuchung fort und berät schließlich geheim mit seinen Kollegen. Noch verschärmt wird dieser Zustand durch die Emmingersche „Reform“, die das Gericht von der Pflicht, alle vom Angeklagten beantragten Zeugen zu vernehmen entbunden hat.

Die öffentliche Beratung hat sich auch in den angelsächsischen Ländern nicht durchgesetzt. Sonst ist doch das Ideal des Parteiprozesses mit völliger Gleichberechtigung von Ankläger und Angeklagten verwirklicht. Nicht minder der Grundsatz der Öffentlichkeit und Mündlichkeit. Von keiner Aktenkenntnis beschwert, ein unbeschriebenes Blatt, kommen Geschworene und Richter zur Verhandlung, die vor ihnen im Rampen der Parteien den ganzen Sachverhalt abrollt. Die Vernehmung des Angeklagten und der Zeugen ist Sache des Anklägers und des Verteidigers. Der Richter, weit entfernt, ein Stück der Untersuchungs- und Verfolgungsmaschinerie zu sein, thronet über den Parteien. Er leitet die Verhandlung, faßt die Fragen an die Geschworenen ab und fällt auf Grund ihres Wahrspruchs und seines ungetrübten Eindrucks von der mündlichen Verhandlung das Urteil. Das ist, neben anderen Verbesserungen in Gerichtsverfassung und -verfahren, die Strafgerichtsverhandlung, die wir verlangen müssen. „Die dem Rechtsstaat entsprechende Form des Strafverfahrens ist die eines Rechtsstreites (eines Streites über das Recht des Staates, im konkreten Falle zu strafen) zwischen zwei prinzipiell gleichberechtigten Rechtssubjekten“, sagte schon 1867 Walter in dem gemäßigten liberalen Blattschrift-Brüderchen Staatswörterbuch. Derselbe betont aber auch „die in der Ge-

schiehte der Strafrechtspflege immer wiederkehrende Erscheinung, daß die kriminalrechtlichen Institutionen im allgemeinen und die Strafgerichtsverfassung insbesondere in innigsten Zusammenhang mit den politischen Zuständen überhaupt stehen, und daß jede bedeutende Aenderung in jenen Institutionen immer von mehr oder minder tiefgreifenden politischen Veränderungen begleitet sei. Es bedurfte zur Einführung des rheinisch-französischen Strafprozessrechts in dem diesseits des Rheins gelegenen Deutschland der großen politischen Bewegung des Jahres 1848.“

Die neue deutsche Revolution hatte sich weit höhere Ziele gesteckt als die von 1848. Sie hat aber noch keinen Schritt zur Beseitigung der gefährlichen Halbbeiten der Gesetze aus Bismarcks Reformzeit im Gefolge gehabt, ja sie ist schon in einem guten Teil der Emmingerschen Verordnungen wieder in den Sumpf der Reaktion ausgemündet. Hier gilt es, die alten Forderungen vom Volks- und Menschenrecht immer aufs neue zu erheben. Dazu gehört auch die grundsätzliche Umgestaltung der Stellung des Vorstehenden im Strafgericht.

Die Arbeitszeit-Interpellation.

Die Stellung des Reichsarbeitsministeriums.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat sich überzeugen müssen, daß seine schroff ablehnende Stellung gegenüber der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht haltbar ist. Unter dem Druck der Stellung der Gewerkschaften und unter der Wirkung des für Deutschland ungünstigen Eindrucks, den seine Stellungnahme im Ausland hervorgerufen hat, erklärt er sich zu Vorberhandlungen über die Ratifizierung bereit. Das „Berliner Tageblatt“ teilte gestern Abend folgendes über die Absichten des Reichsarbeitsministers mit:

Nach den Erklärungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns gegenüber den Vertretern der Gewerkschaften und Spitzenverbände ist zu erwarten, daß in der nächsten Woche beim Zusammentritt des Reichstags der Reichsarbeitsminister die Stellung der Regierung zur Frage der Ratifizierung des Arbeitszeitabkommens von Washington darlegen wird. Der Reichstag wird infolgedessen einen Tag früher zusammentreten, als zunächst zur Verabschiedung der Ausführungsgesetze des Dawes-Gutachtens vorgesehen war. Vor diesen Gesetzesberatungen sollen also am ersten Sitzungstage die verschiedenen dem Reichstage vorliegenden Interpellationen über die Genfer Arbeitskonferenz und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens behandelt werden. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände werden, wie wir hören, ihre Entscheidung über die eventuelle Durchführung des Volkstentseids im wesentlichen von dem Inhalte der bevorstehenden Regierungserklärung abhängig machen. In gewerkschaftlichen Kreisen scheint man aber zu erwarten, daß die Regierungserklärung befriedigend ausfallen wird, zumal der deutsche Arbeitsminister sich schon vor einiger Zeit zu einer persönlichen Aussprache mit den Arbeitsministern von England und Frankreich über diese sozialpolitischen Fragen bereit erklärt hatte und diese Aussprache in baldiger Zeit in Köln oder im neutralen Zustande zu erwarten ist. Zur Herbeiführung einer möglichst einseitigen Beurteilung des Arbeitszeitproblems im Reichstage wird in der nächsten Woche vor Zusammentritt des Reichstags eine Besprechung der den Gewerkschaften nächststehenden Abgeordneten stattfinden.

Der englische Arbeitsminister Tom Shaw und der französische Arbeitsminister Godard haben ihre Bereitwilligkeit zur Ratifizierung wiederholt erklärt. Wenn Herr Dr. Brauns für die Erklärung seiner Bereitwilligkeit zur Ratifizierung die Zustimmung der Ratifizierung durch England und Frankreich wünscht, so wird er bei der geplanten persönlichen Zusammenkunft diese Zustimmung erhalten.

Die Sozialdemokratie hat ein brennendes Interesse an der Beantwortung ihrer Interpellation über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Sie erwartet eine bündige

Erklärung der Reichsregierung. Die Vorhergabe des „Berliner Tageblatts“ über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Interpellation im Reichstag erscheint uns verfrüht. Die parlamentarische Behandlung der Interpellation wird von den Beschlüssen des Aestestenaussschusses, aber auch von der Gestaltung der politischen Gesamtsituation abhängen, mit der sie im engsten Zusammenhang steht.

Landbündlersturm.

Schutzzoll oder Revolution!

Die Kreisorganisationen des Landbundes veranstalten augenblicklich auf höheren Befehl eine Veranlassungskampagne, deren Zweck es ist, möglichst viel Rabau für die Einführung von Schutzzöllen und die Steuerbefreiung der Landwirtschaft zu machen. Die den Großgrundbesitzern ergebene Presse veröffentlicht täglich spaltenlang die Resolutionen der Kreisversammlungen, deren Wortlaut sehr deutlich den gemeinsamen Vater erkennen läßt. Interessanter als die von oben befohlenen Forderungen der Kreislandbündler sind ihre Drohungen für den Fall einer Ablehnung des deutschnationalen Schutzzollprogramms. So erklärt der Sächsisch-Landbund kurz und bündig:

Die Landwirte sind sich einig darin, daß sie zur Erreichung dieses Zieles zur Tat schreiten müssen und erklären, vom Oktober bis zum Februar keinen Runkelrodung, insbesondere kein Kall und keinen Strohstoff zu kaufen. Weitere Schritte behalten sie sich vor.

Worin die „weiteren Schritte“ bestehen sollen, deutet der Vorsitzende des Landbundes in Mecklenburg-Schwerin, Gutsbesitzer Lütjmann-Wahrsdorf, an, dessen Rot so groß ist, daß er sich noch immer Festlichkeiten in großem Stil, Reittourniere und Ministerempfangen leisten kann. Er führte auf einer Protestversammlung des mecklenburgischen Landbundes u. a. aus:

„Sollte dieser Protest nichts nützen, dann ist die Zeit des Nudens vorbei, dann muß das Kommando erklungen: hanteln! Der Reichsregierung muß zugerufen werden: Bis hierher und nicht weiter! Wenn aber auch dieser Ruf nichts fruchtet, dann bleibt nur noch die Selbsthilfe. Dann kann nur die kräftige Bauernsaut uns befreien.“

Nach deutlicher wird der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Krüger-Hoppenrade, der sich auf einer „Landvolk“-Kundgebung des Kreises Jauß-Beitzig zu der Drohung verließ:

Wenn keine Besserung erzielt wird, ist die Landwirtschaft geschlossen bereit, jede Steuerzahlung abzulehnen, mit Gewalt die Regierung zu ergreifen und das Deutsche Reich zum alten Stand zurückzuführen. Der Weg muß bereitet werden, befehl von dem alten militärischen Geist...

Die Aeußerungen genügen, um den Geist der deutschnationalen Landbundagrarien zu charakterisieren. Sie sind dieselben Gewaltmenschen der wilhelminischen Zeit geblieben. Sie sind Monarchisten nach dem Grundlag: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut.“ Aber die Zeiten haben sich geändert. Die Herrschaften werden sich täuschen, wenn sie glauben, daß ihre Drohungen mit dem Drehschleier heute noch einen Eindruck machen. Sie sind lediglich neue Beweise für das schneidende Gebaren der deutschnationalen Sippe. Wenn die Arbeiterschaft um ihre Wettkämpfe kämpft, schreiben sie nach Ausnahmegelegenheiten, sie selbst aber inzienieren nicht nur eine groß angelegte Steuer- und Ernährungsabotage, sondern drohen darüber hinaus mit der Revolution, wenn die Regierung ihren selbst von dem Organ Stinnes' bekämpften Wünschen nicht willfährig ist. Man darf neugierig sein, wie sich die Reichsregierung zu den unverschämten Drohungen des Landbundes stellen wird. Die Sozialdemokratie wird jedenfalls nun erst recht auf dem Posten sein, nachdem der Landbund gezeigt hat, welche Wege er zu gehen gedenkt.

Kate mal — G. m. b. H.

Von Walter Heinz.

Isaac Weichenfeld, von der Junst der Knopfdreher, streifte bis über die Ohren im Klubfessel und in Sorgen, die sein auf dem Schreibtisch hockender Freund, Notar Rager XIII, durch einen genialen Einfall zu verschwinden trachtete. Es galt, die drohende Gefahr einer ehelichen Pleite abzuwenden.

Pflichtlich schlug der lange Seimar auf den Tisch, daß die Platte trachte. „Ach hab's, Osi, die Konkurrenz wird vor Reid plahen“. Dann stülpte er den Hut über die leuchtende Glase und verschwand, ohne dem völlig verdutzten Weichenfeld die Zündkraft seines Geistesblitzes zu illustrieren.

Rager XIII war nun täglicher Berater im Hause Weichenfeld, denn seine Findigkeit hatte in dickerbeinigem Polianten gesetzgeberischer Tätigkeit gewisse Stellen entdeckt, an denen man ungestraft unter Palmeln wandeln durfte. Er war es auch, der noch ein paar Strohmänner zusammengetrommelt hatte, die bald im Handelsregister als

Kate mal — G. m. b. H.

Betrieb von Erzeugnissen der Knopfindustrie

mit Isaac Weichenfeld als Geschäftsführer, zu Buche standen.

Das Tippfräulein war hoch erstaunt, statt stehender Stundungsgelände nunmehr vor Optimismus frohende Briefe versetzen zu müssen, die gleich einer Schar von Friedensstauben auf das Herz der erregten Gläubiger losgelassen wurden. Georg, der „bessere“ Hausdiener, sah seine saulen Tage schwinden, er mußte, was bei ihm natürlich unter der Devise Eile mit Weile geschah, Musterfindungen zusammenstellen, wie sie in alten Blonziogen gratis verfannt zu werden pflegten.

Der Chef selbst hing zu wiederholten Malen in höchst eigener Person in die Kellerräume hinab, allwo sich noch aus den Zeiten seines Großvaters tausende Dugend Knöpfe Marke „Großer Kurfürst“, „Derfflinger“ u. a. m., sowie aus den leider auch so reich verbrauchten Kriegsjahren her ganze Berge seiner fabrikmäßig hergestellten Erzeugnisse voranden. Da trotz eines fragelosen Effens die Abnahmekommission ihr Gewissen nicht damit belassen machte, so träumten sie hier ungewissen Schlafalen entgegen.

Und bald darauf erschienen mit einem Schlag in allen größeren Blättern die ganzseitigen Inserate der Kate mal — G. m. b. H., und ihr Inhalt war bald das Zauberwort, das von Mund zu Mund ging. So etwas war überhaupt noch nicht dagewesen.

M. Fortunus Guntz und einer Rentenmarkt konnte mancher den Traum seines Lebens verwirklicht sehen. Und dabei war die Lösung der Preisaufgabe noch gar nicht einmal schwer, denn wer hätte nicht aus den Bruchstücken: jed erst drei genugsam kesschmi dweret nem arkschid tratmit den Sach richtig zusammengefällt. Was spielten denn da selbst die noch geforderten 30 Pfennige für Porto und Ber-

packung für eine Kiste, wenn man als Zeichen der Reellität, wie es in dicken Vellern in der Annonce zu lesen stand, ein Dugend hochmoderner Knöpfe ins Haus geschickt bekam.

Dagegen waren ja die Lotterien der reinste Kepp.

Fost ohne jegliches Risiko ging man dann ins Rennen um ein mit allem Komfort eingerichtetes Bandhaus, in beliebiger Gegend Deutschlands errichtet, oder 30 000 (man bedenke: Dreißigtausend) Rentenmark in bar, eine Bierzimmer-Einrichtung oder 10 000 Rentenmark (d. h. den Wogenwert fünfjähriger mühevoller Arbeit), zwei fabrikneue Automobile oder je 4500 Rentenmark, eine — — — Kurz und gut, diese Gelegenheit durfte einfach niemand veräußen.

So brauchte es dann auch gar nicht zu verwundern, daß in den Kontorräumen des Geschäftsführers ein äußerst reges Getriebe sich zu entwickeln begann. Die Abrechnungen des Postfachamtes wiesen ständige Zahlentücken auf. Der Geldbriefträger kam so oft, daß er sich selbst schon scherzhaft als Kassenbote der Firma bezeichnete. Dem guten Georg, der einen besonderen Hang für den tieferen Sinn allhergedrahter Sprichwörter hatte, gefiel: Sich regen bringt Segen jetzt besonders gut, und seine Blide hingen in heiligem Entzücken an seinem Chef, der mit gewichtiger Gebärde täglich Stöße von Briefen des so begehrten Inhaltes entseerte.

Weichenfeld war rüstiger Baune, und wenn der Hausdiener, den Handwagen gehäuft voller Päckchen, zur Post fuhr, dann konnte er bestimmt auf die Großmüt seines Prinzipals bauen. Das Glück war dem Jungen auch insofern besonders hold, als er ab und zu beim Frontieren helfend Hand anlegen mußte. Es war manchenmal kaum zu glauben, wie schnell sich so ein Markendogen verlebte.

Georg wurde in seinem Fußballklub „Häsel 96“ eine kleine Bekanntheit. Durch Stiftung von sechs Bällen sah er sich bald darauf zum Ehrenmitglied ernannt.

Fräulein Marianne, die Tippuse, trennte sich von ihrer allmodischen Schneckenrisur, ließ sich einen Bubentopf zurechtstutzen und begann Zigaretten zu rauchen. Sie konnte sich sogar ein a tempo angeschafftes Verhältnis etwas leisten lassen.

Beim 150 000. Einsender mußten bereits die Kriegsknöpfe in Aktion treten. Weichenfeld hatte nach Tagen ungetrübten Glückes wieder einmal einen leichten Sorgenanfall. Würden diese bis zum 500 000. Bewerber ausreichen? Aber, da die Konjunktur für die Kate mal — G. m. b. H. eben so hervorragend günstig war, wollte es der Zufall auch, daß eine kleine Quetsche Weite machte und die prähisto- rischen Vorerbestände an die glücklichere Firma verramschen konnte. „Gebört mit zur Form“, behauptete Weichenfeld dergnügt.

Die schände Habucht fraß sich in die Herzen der Gesellschafter und bestimmte sie, auf vielseitigen Wunsch (!) den Schlusstermin für die Einsendungen um vier Wochen hinauszurücken.

Am Tage der halben Million schwamm der ganze Betrieb in Alkohol, und Marianne fühlte sich bewogen, die Schar der zum engen Kreise Zählenden durch sommerlich-duftige Tänze zu ergötzen, wobei Georg so wenig Kunstverständnis bewies, daß er in die Speisekammer gejipert werden mußte. Das geschah alles, dieweil Frau Weichenfeld

nebst Töchtern in Absied weifte und den arg beschäftigten Gatten nach Kräften bemittelte.

So rückte indessen der Tag heran, an dem ... unter Ausschluß des Rechtsweges usw. ... die Verteilung der Gewinne vor sich gehen und die Entscheidung des Preisgerichts unanfechtbar gemacht werden sollte. Schon lange vorher stand das Ergebnis für diesen bedeutungsvollen Termin fest. Es galt nur, geschickt zu beden.

Der Großvater von Georg, der mit Mühe und Rat seinen Namen schreiben gelernt hatte, war der Gewinner des Bandhauses, und sein Entel fuhr mit 500 Mark und der Bergrechtsurkunde in der Tasche tief nach Maluren hinein, um die Unterschrift des Alten zu ergattern. Die elegante Wohnungseinrichtung fiel an Hr. T. H. R. R. You in San Francisco. Fräulein Annelies Täubchen, eine zweiundneunzigjährige Stiftdame, und ihr längst verstorbenen Bruder waren die Gewinner der Automobile. Die alte Dame verzichtete auf ihr und das ererbte Teufelsfuhrwerk, da sich die Kate mal — G. m. b. H. zu einer Armenstiftung von 500 Mark bereit erklärte.

Die Verteilung des 5. bis 1000. Preises meldete keine Chronik. Jeder der Einsender baute eben keine Hoffnungen an anderer Stelle neu auf, zumal jetzt eine wahre Preisrätsel-Epidemie grassierte und die Aufmerksamkeit des Publikums von der Kate mal — G. m. b. H. ab und bereits auf tausend andere Versprechungen hinfenkte.

Noch niemals zuvor hatten die Zeitungserleger derartig gute Geschäfte gemacht, bis dann einsichtigen Finanzräten ein Licht der Erkenntnis aufging, sie eine Umgehung des Glückspiel- und Lotteriegesezes erndeten und die Paragraphenstrafe den vielen Nachläufern der Kate mal — G. m. b. H. die Luft benahm.

Marianne mußte ihr Verhältnis abbauen. Aus der so schnell entstandenen Lededame wurde wieder das kleine Tippfräulein, das im Hause Isaac Weichenfeld ein beschedenes, wenn auch erträgliches Dasein fristete. Auch Georg war froh, seine Stellung zu behalten.

Eine Villa im Brunwald zeigte die Türschilder von S. Weichenfeld und Rager XIII und die Garage beherbergte zwei silbte Automobile.

Die totale Mondfinsternis, die am Donnerstag in den Abendstunden stattfindet, wird infolge ihres günstigen Zeitpunkts sicherlich allgemein Beachtung finden. Es wird die zweite totale Mondfinsternis dieses Jahres, und sie ähnelt der ersten, die am 20. Februar stattgefunden hat, auch darin, daß bei beiden Finsternissen der Mond bei uns bereits verfinstert aufsteht. Diesmal hat beim Aufgang des Trabanten allerdings der Erdschatten die Mondscheibe kaum erst berührt. Wie stets tritt der Mond mit seinem Ostrand in den Erdschatten ein, in den er mehr und mehr eindringt, so daß sich das betauchte Bild des Mondes mehr und mehr der schmaleren, zunehmenden Sichel nähert, bis der Trabant völlig vom Erdschatten bedeckt ist. Die erste Berührung des Mondbrandes mit dem Erdschatten erfolgt um 7,30 Uhr nachmittags; nach genau einer Stunde, um 8,30 Uhr, ist der Mond völlig durch den Erdschatten verfinstert, und bleibt bis 10,9 Uhr abends völlig unbetuchtet. Trotdem verschwindet der Mond nicht völlig unserm Blicken. Auch während der

Was sie nicht unterzeichnen.

Die Deutschnationalen und das dritte Versailles.

Die Deutschnationalen werden die Gutachtengehe annehmen. Sie werden — trotz Landbundgeschrei und Raurenbrecher — den Dawes-Plan annehmen. Sie werden das „zweite Versailles“ unterzeichnen, diese „Ausgeburt des Wahnsinns“, die sie als schlimmer als Versailles bezeichnet haben. Die innere Verlogenheit ihrer Politik wird sich trefflich offenbaren. Wenn sie fortan gegen die republikanischen Parteien den Vorwurf antinationaler Gesinnung wegen der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles erheben werden, so wird ihnen ein Gelächter der Verachtung entgegenschlagen. Der enlarvte Hochstapler ist immer eine traurige Figur, der politische ebenso wie der gemeine. Welch erbärmliches Bild, wenn das Lügengebäude zusammenbricht und an die Stelle erborgter Haltung die geduckte Unterwerfung unter die Berechtigung tritt! Heute noch die mutigen Vorkämpfer gegen Versailles, gegen die Erfüllungspolitik, die voll Stolz und Verachtung auf die Parteien der Mitte und der Linken herabsehen, morgen die Unterzeichner des zweiten Versailles!

Sie werden unterzeichnen: aber etwas bleibt, was sie nicht unterschreiben werden. Etwas, das ihnen fürchterlicher und gefährlicher ist als Versailles, als der Dawes-Plan, und das sie deshalb bezeichnen als das dritte Versailles. Dies furchtbare Etwas, an dem sich die Grundfestigkeit der Deutschnationalen nun endlich erweisen wird, nachdem sie gegenüber dem Dawes-Plan vor die Hunde gegangen ist, ist das Washingtoner Abkommen und der Artikel XIII des Vertrages von Versailles über den Schutz der Arbeitskraft und die Organisation des Internationalen Arbeitsamtes. Die Bestimmungen des Artikels XIII, die durch das Washingtoner Abkommen wirksam gemacht werden sollen, schützen die Arbeiterschaft — und vor allem die deutsche Arbeiterschaft vor grenzenloser Ausbeutung. Dieser Artikel des Friedensvertrages von Versailles enthält die fast einzigen wirksamen Schutzbestimmungen gegen grenzenlose Ausbeutung des deutschen Volkes — sei es durch das deutsche Unternehmertum, sei es durch die Reparationsgläubiger. Gegen diese Bestimmungen, die einzig vernünftigen im Friedensvertrag, wollen die Deutschnationalen grundsätzlich erscheinen. Herr Lambach, einer der Handschläger des reaktionärsten deutschnationalen Unternehmertums, schreibt in der „Kreuzzeitung“:

„Nicht durchwählt die Sozialdemokratie unser ganzes Volk mit dem Schrei nach Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, sondern nur die Arbeiterzeitung. Es wäre Pflicht der Regierung, öffentlich zu sagen, daß wir heute noch die Freiheit haben, jede Arbeitszeit selbst bei uns einzuführen, wie es freien Männern geziemt, daß wir uns mit der Ratifizierung aber freiwillig in internationale Knechtschaft begeben.“

Da die Regierung wenig Neigung zeigt, dem Volke die Augen zu öffnen, habe ich im Reichstage beantragt, der Regierung die Vorlage jener Abkommen zur Ratifizierung glattweg zu untersagen und außerdem die feinerzeit durch Schliche überhäuft herbeigeführte Mitgliedschaft in der Internationalen Arbeitsorganisation zu kündigen.

Die Sozialdemokraten verlangen statt dessen in einer Interpellation schleunigste Ratifikation. Bei der Aussprache darüber wich Gelegenheit sein, dem deutschen Volke zu geben, was ihm die Regierung bisher vorenthalten hat: Klarheit über das Versailles der Arbeit.“

Also: Kapitulation vor dem zweiten Versailles, dem Dawes-Plan, dafür aber Tod dem dritten Versailles, dem Versailles der Arbeit, dem Washingtoner Abkommen! Wir nehmen von der Kriegserklärung des Herrn Lambach — der Mann ist Vorstandmitglied im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband! — nicht Notiz der reaktionären Gesinnung halber, die bei den Deutschnationalen eine Selbstver-

ständlichkeit ist, sondern wegen der hochstaplerischen Methode, mit der sich die reaktionäre Gesinnung als nationale Gesinnung zu geben versucht.

Das wäre also Freiheit, die freien Männern geziemt, sich knirschend unter das Joch des Zehnstundentages zu beugen, den deutsche Unternehmer zum Hohne der Freiheit über deutsche Arbeiter verhängen wollen? Und das wäre Knechtschaft, sich durch die Unterzeichnung einer freien internationalen Vereinbarung den Achtstundentag, die Freiheit zu kulturellem Aufstieg zu sichern? Frei von allen internationalen sozialpolitischen Bindungen sollen wir uns halten, damit deutsche Unternehmer deutsche Arbeiter bis zum Berreken ausbeuten können. Eine erbärmliche Sklavengesinnung, die aus den Lambach'schen Debattationen spricht.

Nun aber gar das Wort „das Versailles der Arbeit“! Schärfer konnte sich deutschnationaler Heuchelei nicht selbst brandmarken als durch dies Schlagwort! Eben erweist sich, daß Versailles für die Deutschnationalen ein unehrliches Schlagwort ist. Eben sind sie im Begriff, das „zweite Versailles“ zu unterzeichnen. Und nun erfindet Herr Lambach ein drittes Versailles! Ein unehrliches Schlagwort soll wirken gegen das Washingtoner Abkommen, wo sachliche Gründe vorliegen, wo man sich scheut, die eigene reaktionäre Gesinnung brutal auszusprechen. Wir nehmen nicht an, daß Herr Lambach sich mit seinem dritten Versailles ernst nimmt. Wir nehmen doch an, daß er zu denen gehören wird, die das „zweite Versailles“ unterzeichnen, die Gutachtengehe annehmen werden?

Aber wir sind überzeugt, daß beim dritten Versailles alle Deutschnationalen fest bleiben. Schutz der deutschen Arbeiter gegen Verflistung, das unterzeichnen sie nicht. Sie können umfallen, sie werden umfallen, sie fallen um — aber wenn es gilt, deutsche Arbeiter zu bedrücken, sie unfrei zu machen, da werden sie nicht umfallen. Denn ihre „nationale Gesinnung“ besteht in der Feindschaft gegen die überwältigende Mehrheit der Nation.

Die Agrarbank-Pläne.

Der Gesetzentwurf des Reichsernährungsministeriums fertiggestellt.

Die am Dienstag im Reichsernährungsministerium geführten Verhandlungen über die Grundorganisation der neuen Agrarbank haben keine wesentlichen Fortschritte gebracht. Das Reichsernährungsministerium hat seinen Gesetzentwurf nunmehr fertiggestellt; er dient als Grundlage für die Verhandlungen.

Preußen arbeitet darauf hin, daß es möglichst stark im Aufbau der Agrarbank beteiligt wird. Die preussischen Forderungen sind jedoch noch nicht endgültig formuliert, da das Staatsministerium noch nicht zu der Frage Stellung genommen hat. Am Donnerstag tritt der Verwaltungsrat der Rentenbank zusammen, um sich mit dem Ergebnis der Beratungen vom Dienstag zu befassen.

Kredite für die Landwirtschaft.

Auf der Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder, die kürzlich stattfand, wurden bekanntlich 100 Millionen Kredite zur Einbringung der Ernte zu einem mäßigen Zinssatze bereitgestellt. Ueber diese 100 Millionen hinaus werden in der nächsten Zeit, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ erzählt, weitere 25 Millionen bereitgestellt. Der gesamte Erntekredit wird im Laufe der nächsten Wochen auf rund 170 Millionen steigen.

Die Landwirtschaft hat außerdem zur Vermeidung der Gefahr eines Ueberschusses zur ersten Saison Wirtschaft einen Höchstbestellungs-kredit gefordert. Zu dieser Forderung haben die maßgebenden Stellen im Reich und Preußen bisher noch nicht Stellung genommen.

Feigling Scholem.

Nochmals die Kommunisten als Vortrupp der Reaktion.

Unter der Ueberschrift „Niedelager hängen“ versucht Herr Scholem in der „Noten Zeitschrift“ den vom Genossen Künstler in seinem gestrigen Artikel erhobenen Vorwurf der Feigheit mit folgender Lüge zu entkräften:

„Die Behauptung, Ruth Fischer und Scholem hätten sich jemals hinsichtlich an Sozialdemokraten gewandt, ist zu kindisch, um einer Widerlegung würdig zu sein.“

Hierzu stelle ich fest: Gewerkschaftskommission und Bezirksvorstand verhandelten im Oktober vergangenen Jahres wiederholte Male mit der Zentrale der SPD über die Bildung der Einheitsfront des Proletariats. An einem dieser Abende hatte Scholem gerade in großsprecherischer Weise die SPD aufgefordert, sich zu erklären, ob sie gewillt sei, am anderen Tage den Kampf um die Eroberung der politischen Macht mit allen Mitteln zu führen, als ein Genosse mittelteil, Beamte der politischen Polizei wären im Hause, um nach Kommunisten zu suchen. Scholem und Ruth Fischer waren die ersten, die sich mit gesterblichen Gesichtern an uns und an die Genossen von der Gewerkschaftskommission mit dem Rufe wandten: „Genossen, schlagt uns, habt ihr nicht ein Zimmer, wo ihr uns so lange einschließen könnt?“

Später sahen wir sie wieder mit noch bleicherem Gesichtern und umherlodern den Haaren. Wahrlich, Scholem und Ruth Fischer, ihr habt uns damals leid getan! Doch wir sollten noch mehr an Mannesmut erleben. Plötzlich befand sich Ruth Fischer nur noch allein unter uns. Die Kokenen, Gesckte, Scholem hatten das Hasenpanier ergriffen und überließen es zwei Sozialdemokraten, der Genossin Wurm und dem Unterzeichneten, Ruth Fischer in Sicherheit zu bringen. Trotzdem griff man uns, wie wir bei der Renitanz dieser Führer auch nicht anders erwarteten, einige Tage später „Künstler, Lieble, Wurm und Konjorten“ mit schandlichen Lügen an. Hier, Herr Scholem, ist ein Beweis eurer Feigheit, den zweiten habe ich am Montag. Ich stelle nochmals fest, daß Werner Scholem der erste war, der das Hasenpanier ergriff, als die Polizei erwartete eingriff. Bis heute gilt der als Führer und Held, der in gefährlicher Situation bei seinen Kampfgenossen bleibt, Scholem verließ sie mit liegenden Haaren. Mag Scholem dies als Heldentum betrachten, wir Sozialdemokraten sind der Meinung, wer so handelt, ist und bleibt ein Feigling.

Karl Lieble.

Kommunistische Pogromheze.

Halle, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Pogromheze wird neuerdings von der kommunistischen Partei als Kampfmittel betrieben. Bis zum 1. August ist sie allüberdriesst Referat-recht der Wälfisch-Deutschnationalen gewesen. Jetzt ist es dem halleschen „Klassenkampf“, früher Organ der Dritten Internationalen, vorbehalten geblieben, an führender Stelle unter den antisemitischen Hehlpädern zu landen. Im Stil der Hitler-Presse und im Targon wälfischer Wordbüben betreibt er die Heze. Die deutschnationalen Presse Mitteldeutschlands druckt die Heze.

rien des „Klassenkampf“ in breiterer Ausführlichkeit nach, da die kommunistischen Ausführungen sich völlig mit der deutschnationalen Ergüssen decken. Nachträglich erklärt zwar der „Klassenkampf“ mit scheinheiliger Biedermeier, daß die anderen Kapitalisten nicht besser seien als die fetten jüdischen Kapitalisten. Man tut dies jedoch mit solcher Frivolität, daß selbst diese Einschränkung die Pogromheze gegen jüdische Mitglieder nur um so deutlicher erkennen läßt. Da auch in der Mitgliedschaft der KPD für die neue Taktik mit Zwang gepreßt wird, wird die nächste Folge wahrscheinlich ein Pogrom der Kommunisten sein, wobei sie Schulter an Schulter mit den Wälfischen kämpfen werden, wie schon so oft.

Das Urteil im Kommunistenprozeß.

Delpzig, 13. August. (Eca.) Am 128 Uhr wurde in dem Kommunistenprozeß vor dem Staatsgerichtshof folgendes Urteil verkündet: Fiedler 7 Jahre Zuchthaus und 700 M. Geldstrafe, Großmann 5 Jahre Zuchthaus und 600 M. Geldstrafe, Schah 6 Jahre Zuchthaus und 600 M. Geldstrafe, Mehlhorn 8 Jahre Zuchthaus und 800 M. Geldstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 8 Jahre und Ausschluss aus dem Heere, Burdhardt 8 Jahre Zuchthaus und 800 M. Geldstrafe, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 8 Jahre und Ausschluss aus dem Heere, Fehling 4 Jahre Gefängnis, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Ausschluss aus dem Heere, Krause 3 Jahre Gefängnis und Ausschluss aus dem Heere, Frau Burdhardt 1 Jahr Gefängnis, Franz Fredmann und Gerhard Fredmann je 7 Jahre Zuchthaus und 700 M. Geldstrafe und 7 Jahre Ehrenrechtsverlust. Die Untersuchungshaft wurde allen Angeklagten mit Ausnahme von Mehlhorn und Gerhard Fredmann mit 6 Monaten, den letzten beiden mit 4 bzw. 3 Monaten in Anrechnung gebracht.

Schlageter-Geist.

München, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Vor wenigen Wochen teilten wir mit, daß auf dem jüdischen Friedhofe in Binswangen bei Augsburg vandalische Zerstörungen angebracht worden sind. U. a. wurde eine Reihe von Grabsteinen dadurch beschädigt, daß mit einem spitzen Instrument Habentkreuze eingegraben worden waren. Als Täter wurden vier Mitglieder des Schlageter-Bundes, Ortsgruppe Augsburg, ausfindig gemacht. Drei davon standen im jugendlichen Alter von 14 bis 16 Jahren. Der 18 Jahre alte Kandidat Herrlin wurde nunmehr vom Schöffengericht Augsburg wegen Grabschändung und Sachbeschädigung zu vier Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Nach der Urteilsbegründung wurde als strafmildernd erkannt, daß die als geschärfert und gemein anzusehende Tat zwar vorfällisch, nicht aber mit Ueberlegung begangen wurde und die jungen Leute durch die in der Schlageter-Gruppe gepflegte Judenfeindschaft zu ihrem Tun verleitet worden seien. Eine Bewährungsfrist wurde verweigert.

Transfer und Sachleistungen.

London, 13. August. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des WTB. erzählt über die im dritten Komitee bearbeiteten Resolutionen folgende Einzelheiten:

Resolution I stellt zunächst das Recht des Transfer-Komitees fest, die aus den Zahlungen Deutschlands erscheidenden Gelder zur Bezahlung von Sachleistungen zu verwenden, und zwar auch für Sachleistungen, die nach dem Aufhören der Verpflichtungen aus dem Versailler Vertrag gemacht werden.

Weiter stellt sie fest, daß die Sachleistungsprogramme der Reparationskommission durch Beratung mit dem Transfer-Komitee die freien Lieferungen unter gewöhnlichen Handelsbedingungen vorsehen sollen, zu denen eine Lieferungsfrist nach dem Versailler Vertrag nicht besteht, daß aber für ihre Aufstellung der

innere Bedarf der deutschen Volkswirtschaft den Vorrang

haben soll und die Bedingungen des Dawes-Gutachtens beachtet werden sollen. Ferner wird die deutsche Regierung verpflichtet, soweit als möglich die Durchführung dieser Sachleistungsprogramme unter normalen Bedingungen zu erleichtern; die alliierten Regierungen sollen soweit als möglich den Export der an sie gelieferten Güter verhindern; die deutsche Regierung muß für gewisse in einer Liste zusammengestellte Güter die Lieferung sichern, und zwar im Rahmen einer von der Reparationskommission in Uebereinstimmung mit der deutschen Regierung oder mangels einer Uebereinstimmung auf Grund eines Schiedsspruchs für gewisse Zeiträume festzustellenden Lieferungsprogramms, das der Genehmigung durch das Transfer-Komitee unterliegt und gleichfalls den innerdeutschen Wirtschaftsnotwendigkeiten und den Bedingungen des Dawes-Planes Rechnung trägt, nur für den Fall, daß durch ein Schiedsgericht festgestellt ist, daß die alliierten Regierungen oder ihre Staatsangehörigen nicht in der Lage waren, sich im Wege des freien Handels die bezeichneten deutschen Güter zu beschaffen und daß diese Unmöglichkeit der Beschaffung auf absichtliche Diskriminierung oder absichtliche Obstruktion seitens der deutschen Lieferanten oder der deutschen Regierung zurückzuführen ist. Die

Verhandlungen über die Liste sind noch nicht abgeschlossen.

In Resolution II sind die Grundzüge niedergelegt über die Festsetzung eines Organisationskomitees für die Sachleistungen (6 Mitglieder, zur Hälfte alliierte, zur Hälfte deutsche) mit dem Rechte, bei Meinungsverschiedenheiten ein siebentes, neutrales Mitglied zu wählen. Die Zuziehung von Sachverständigen ist vorgesehen.

In Resolution IV wird bestimmt, daß, wenn in der Anwendung des Dawes-Reports technische Schwierigkeiten aufgetreten sind, welche seine Wirkung beschränken, sowohl jede der alliierten Mächte wie die deutsche Regierung eine Befreiung verlangen kann. Dadurch wird auch der Fall einer sachlich nicht notwendigen Beeinträchtigung der deutschen Wirtschaft getroffen. Auch hier ist ein Schiedsgericht vorgesehen.

Resolution V sieht für den Fall der „manoeuvres“ gegen den Transfer vor, daß bei Ablehnung der Feststellung eines solchen „manoeuvre“ mit Stimmengleichheit dem Teil, dessen Anträge keine Mehrheit gefunden haben, die Annahme eines Schiedsrichters gestattet wird. Bei allen anderen Fragen soll bei Stimmengleichheit der Vorliegende den Ausschlag geben.

Bei Erreichung der 5-Milliarden-Grenze oder im Falle der Festsetzung einer niedrigeren Grenze durch das Transfer-Komitee bei Erreichung dieser niedrigeren Grenze soll, wenn durch Stimmenmehrheit das Vorliegen der „manoeuvre“ verneint worden ist oder wenn es sich darum handelt, Maßnahmen zu ergreifen, welche „manoeuvre“ zu vermeiden, die Minorität des Transfer-Komitees das Recht haben, innerhalb von acht Tagen ein Schiedsgericht anzurufen.

London, 13. August. (WTB.) Reuter erzählt aus britischen Kreisen, daß der Rat der Bierzehn, der nicht wie vereinbart heute nachmittag zusammentrat, weiterhin auf den Bericht des dritten Komitees bezüglich des Schiedsspruchs zwischen dem Uebersetzungsausschuß und der deutschen Regierung warte.

Marin Weger, der Redakteur des „Wiesbacher Anzeigers“, der bekanntlich wegen Beleidigung des ehemaligen Reichsjustizministers, Genossen Kadbruch, zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, hat am Montag seine Strafe angetreten.

Dauer der Totalität ist der Erdbegleiter deutlich am Himmel zu erkennen; er gleicht einer kupferigen roten Scheibe mit unbestimmten begrenzten, verwischten Rändern. Dieses kupferige Licht ist reflektiertes Licht von denjenigen Teilen der Erdoberfläche, die noch von der Sonne beleuchtet sind. Indem dieses Licht vom Mond wieder auf die Erde zurückgeworfen wird, verliert es die meisten helleren Strahlen, so daß es nur noch als mattrotlicher Schimmer auf der Erde wahrgenommen werden kann. Wenig östlich vom verfinsterten Mond erstreckt der Planet Mars, nur noch zehn Tage vor seiner größten Annäherung an die Erde, in auffällig hellem und gleichfalls rötlichem Licht. Die Helligkeit des Mars wird in diesen Tagen sonst durch das helle Mondlicht ein wenig beeinträchtigt; während der totalen Bedeckung fehlt natürlich diese Störung, so daß Mars den dunklen Südhimmel dann vollständig beherrscht. Um 10,9 Uhr abends hat der Mond den Bereich des Erdschattens durchlaufen und an seinem Ostrand erscheint wieder der erste Sonnenstrahl. Schnell eilt der Trabant nun ganz aus dem Erdschatten heraus, um nach abermal einer Stunde, um 11,9 Uhr abends, wieder als Vollmond zu erstehen.

Ein Prophet unter den Julius. Nach englischen Blättermeldungen ist den Julius ein neuer Prophet erschienen. Er nennt sich selbst Prophet Schema und erklärt, er habe Gottes Stimme in der Wildnis gehört, die ihn aufgefordert habe, sich als Verkünder einer religiösen Reform unter sein Volk zu begeben. Die Julius scharen sich zu hundertern um ihn. Er fing seine Tätigkeit damit an, den Kriegszug der Julius durch Einführung neuer Rüst- und Worte in eine Art von religiösen Tanz umzuwandeln.

Ach, die Propheten haben es heute schwer, sie geraten, und wenn sie bei den Julius austreten, alsbald unter die öffentliche Kontrolle. Dieser Prophet scheint aber sein Spezialles zu haben. Er hat begriffen, daß man mit der Mode durch den muß und daher sich biologische Erklärung der Menschheit durch den Tanz, die in Europa grassiert, zu eigen macht.

Bienen als Seuchenüberträger. Wie in der „Klinischen Wochen-schrift“ mitgeteilt wird, hat Dr. A. Borchart im Darmstadt gefunder Flug- und Stockbienen in 9,2 Proz. aller Fälle Paratyphusbakterien festgestellt. Diese für den Menschen so gefährlichen Bazillen wirken augenscheinlich auf die Biene gar nicht ein. Sie können aber als Überträger der Seuche wirken, und das ist von Wichtigkeit, wenn man die Entstehung der Typhusepidemie in der neuesten Zeit aufklären will, wie eine solche erst kürzlich in der Lungenheilstätte zu Gärbersdorf auftrat.

August Böppel, ordentlicher Professor für technische Mechanik an der Münchener Technischen Hochschule, ist unerwartet an einem Herzschlag gestorben. Der Tod dieses hervorragenden Gelehrten wird in der ganzen technischen Welt außerordentlich bedauert, denn er hatte eine führende Stellung in den technischen Wissenschaften.

Das Schicksal Annas Kasimovna, des Leiters der dänischen Expedition nach Grönland, der seit 15 Monaten nichts von sich hatte hören lassen, wird durch ein Neuterlebensgramm aus Rom (Alaska) geklärt. Kasimovna, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Sprache und Sitten der Eskimos zu studieren, ist in Kuguk, 150 Meilen nördlich von Nome (Alaska), eingetroffen.

Gewerkschaftsbewegung

Eine falsche Rechnung.

„Heiß, was heißen mag!“ — sagten sich die Verfasser der Arbeitszeit-Denkschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Es gilt durch Ziffern zu beweisen, was zu beweisen war, daß der Achtstundentag unmöglich und die 10- bis 12stündige Arbeitszeit notwendig und segensreich sei — für die Wirtschaft.

Den sogenannten Produktionsstunden der Vorkriegszeit werden die Produktionsstunden der Nachkriegszeit gegenübergestellt und diesen wiederum die Produktionsstunden auf Grund der verlängerten Arbeitszeit. Die Rechenkünster der Arbeitgeberverbände sind über den Verdacht erhaben, als ob sie nicht unterscheiden könnten zwischen den Arbeitsverhältnissen in der Vorkriegszeit und denen in der Nachkriegszeit. Sie wissen, daß sie hier mit zwei ungleichen Größen zu rechnen haben, die nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar sind. Da der gewaltige Unterschied zwischen der Zeit des Sabeltrafens und der Flucht über die holländische Grenze der Beweisführung nicht in den Kram paßt, wird er stillschweigend übergangen — darf er doch als bekannt „vorausgesetzt“ werden — und lediglich eine Gegenüberstellung von Ziffernreihen vorgenommen, um aus der Differenz die Schädlichkeit des Achtstundentages nachzuweisen. Der Arbeitszeitausfall wird nachgewiesen durch Berechnung der durch wirtschaftliche und politische Streiks und Ausperrungen entfallenen Arbeitsstunden, durch Urlaub, „Tarifkrankheit“, durch Kohlen- und Baggongmangel; der Arbeitsausfall infolge der passiven Resistenz im Ruhrgebiet ist absichtlich mit keinem Wort erwähnt, sondern in die Schätzung des Gesamtausfalls „von über 30 Milliarden Produktionsstunden aus diesen verschiedenen, der Vorkriegszeit auch nicht annähernd so geläufigen Ursachen“ (!) mit einbezogen.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft den Weltkrieg vom Zaun gebrochen, wenn sie den Raubbau der Kriegswirtschaft betrieben, wenn sie Betriebsmittel und Betriebsanlagen über die Grenzen gebracht hätte, wenn sie all das Elend verschuldet hätte, das der Krieg und der Zusammenbruch über sie gebracht hat, dann müßte sie sich die Rechnung der Deutschen Arbeitgeberverbände gefallen lassen. Da jedoch insbesondere die deutschen Industriellen zur Kriegsverlängerung beigetragen haben durch ihre Anreizpläne, da sie den Ruhestuhl aus dem Raubbau zogen, da sie die Reparations- und Inflationsgewinne samt den Kriegsgewinnen einheimsten, ist es eine bodenlose Unverschämtheit, die „geläufigen Ursachen“ auf die Arbeiterschaft zurückzuführen, ihr den Ausfall an Produktionsstunden selbst durch Ausperrungen und die Ruhraktion anzukreiden. Eine derartige Propagation der Arbeiterschaft können sich die Herrschaften im Unternehmerlager jetzt nur leisten, weil infolge der Kriegsnachwirkungen die Arbeiterschaft wirtschaftlich und organisatorisch noch zu sehr geschwächt ist, um darauf die gehörige Antwort zu geben.

Es wäre zwecklos, die Vergangenheit herauszubeschwören, wenn hier nicht der Versuch gemacht würde, den Nachweis zu führen, daß in gleicher Weise wie in den zurückliegenden Nachkriegsjahren auch weiterhin „die zahlenmäßig geradezu erschreckenden Ausfälle durch wirtschaftliche und politische Streiks“ — und Ausperrungen, zu erwarten seien, das Untermertum damit zu rechnen habe und so durch Verlängerung der Arbeitszeit sich mit verlängerter Arbeitszeit gewissermaßen „eindecken“ müsse, um die drohenden Ausfälle an Produktionsstunden zu überdecken.

Kurz vor dem Kriegszusammenbruch verstand man im Lager der Spitzenorganisationen der Unternehmer anders zu rechnen. Wie stände es heute mit dem deutschen Unternehmertum, mit seinen bis auf eine Goldmark abgeschriebenen Betriebsanlagen, wenn nicht die vordem von der Schwerindustrie insbesondere verfeimten Gewerkschaften dafür gesorgt hätten, daß in dem ganzen Tohuwabohu des Kriegszusammenbruchs und des Rezessionszusammenbruchs der großen Masse der Kriegsteilnehmer schließlich die Vernunft bald wieder die Oberhand bekam?

Die Herren können doch nicht heute so tun, als seien sie bei all den Vorgängen seit 1914 nur unbeteiligte Zuschauer gewesen, die in der Rolle eines „Ehrbaren Kaufmannes“ lediglich den Verlust an Produktionsstunden für die Öffentlichkeit zu berechnen hätten, indes sie ihre Gewinnkonten verfeimten, und durch ihren Teil der Schuld nur einen dicken Strich zu machen nötig hätten. Wenn sie schon einmal die Absicht haben, alle Nachteile auf die Schultern der Arbeiterschaft zu packen, durch längere Arbeitszeit und niedrigere Reallohne, dürfen sie nicht mit solchen Rechenkunststücken operieren.

Auch die Gewerkschaften wußten, genau wie die Unternehmer, daß der Übergang zur achtstündigen Arbeitszeit sich nicht ohne Schwierigkeiten und Nachteile vollziehen konnte. Während jedoch die Gewerkschaften damit rechneten, daß die Einführung des Achtstundentages die Unternehmer anspornen würde, sich mit ihrer gesamten Betriebsführung darauf einzustellen, spekulierten die Unternehmer darauf, bei der erstbesten ihnen günstig erscheinenden Gelegenheit den Achtstundentag wieder zu beseitigen, wieder „Herr im Hause“ zu sein. Auch darüber mußte man sich klar sein, daß eine Arbeiterschaft, die während länger als vier Jahren durch alle Schrecken des Krieges gehegt wurde, indessen ihre Frauen und Kinder an Kohlrüben verhungerten, nicht sobald in den Betrieben wieder das leisten konnte, was sie vordem geleistet hatte, zumal nicht bei der Bewachung der Betriebe während der Kriegszeit und ihrer verschiedenen Umstellungen.

Besonders verwerflich ist, speziell die Bergarbeiter herauszugreifen, auf ihr Konto den Raubbau in den Gruben zu setzen, ihnen die Unterernährung als Schuld anzukreiden, ihnen den Ausfall an Produktionsstunden infolge des Baggonmangels, der passiven Resistenz und des letzten Abwehrstreiks, in den man sie mit Gewalt hineingezwungen hat, zuzuschreiben. Jetzt, nachdem die schlimmsten unmittelbaren Kriegsfolgen überwunden sind, nachdem die Bergwerke während der Dauer der passiven Resistenz auf Kosten des Reiches wieder leidlich hergerichtet sind, prahlt das Untermertum damit, daß durch seine weitblickenden Maßnahmen, den Bergarbeitern die ständige Schicht aufzuzwingen, die „immerhin wieder eingeführt“ sei, im Ruhrbergbau der Förderanteil pro Schicht auf den Kopf der Belegschaft errechnet wieder von 67 Proz. der Friedensteilung im Durchschnitt des Jahres 1922 auf 93 Proz. im März 1924 gestiegen ist.

Das ganze Nachwerk dieser Denkschrift entspricht so in jeder Weise seinem Zweck, die deutsche Arbeiterschaft um den Achtstundentag zu pressen und den Raubbau auf ihre Lebenszeit zur höheren Ehre des Reiches zu beschönigen und zu rechtfertigen zu suchen.

Verammlung aller in der SPD. organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten des Bezirksamts Friedrichshain

heute, Donnerstag, den 14. August 1924, abends 7 Uhr, in „Schmidts Gesellschaftshaus“, Fruchtstr. 36a.

Tagesordnung: 1. Die Arbeit der Parteigenossen in den städt. Betrieben und Verwaltungen. Referent: Kollege Schwanebeck. 2. Verschiedenes.

Wir erwarten pünktliches und volzhäufiges Erscheinen.

SPD.-Fraktion des Bezirksamts Friedrichshain
gez. Wolgast, 2. Vorsitzender
gez. Gerbert, Schriftführer.

Unterstützung besonders hilfsbedürftiger Kurzarbeiter.

BTB. meldet: Entsprechend einer Entschließung des Reichstages hat der Reichsarbeitsminister eine Anordnung erlassen, wonach den Bezirksfürsorgeverbänden durch die Arbeitsnachweise oder Landesarbeitsämter zur Unterstützung besonders hilfsbedürftiger Kurzarbeiter in bestimmtem Umfange Mittel aus dem Beitragsaufkommen der Erwerbslosenfürsorge überwiesen werden können.

Da die schlecht entlohnten Arbeitergruppen schon bei Vollarbeit nicht genug verdienen, um sich mit ihren Familien ordentlich zu nähren und zu kleiden, sind die Kurzarbeiter natürlich erst recht überliefert. Welche Momente sollen nun für den Begriff der besonderen Hilfsbedürftigkeit maßgebend sein?

Adolf Bled

Kasch und unerwartet schied am 6. August mit Adolf Bled ein unermüdlicher Kämpfer für die Sache der Arbeiterbewegung aus dem Leben. Am 5. November 1883 in Lyden geboren, gehörte der Verstorbene zu den Mitbegründern des Berliner Kohlenarbeitervereins, der sich im Oktober 1907 dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter — dem heutigen Deutschen Verkehrsbund — anschloß. Nach dem Zusammenbruch beider Organisationen war Bled jahrelang als Sektionsleiter der Kohlenarbeiter tätig. Das Vertrauen der Berliner Kollegen betrie ihn im Jahre 1907 zum Revisor der Hauptkassa des Verbandes und ein Verbandstag im Jahre 1912 übertrug ihm das verantwortungsvolle Amt des Obmanns der Revisionskommission, das er bis zu seinem Tode verwaltete. Das Leben Adolf Bleds gehörte aber auch der Sozialdemokratischen Partei, für die er jahrelang in autoperkungsreicher Kleinarbeit wirkte. Ein dauerndes Gedanke an derer, die mit ihm zusammengearbeitet haben, ist dem Verdlichenen sicher.

Angestellte der Groß-Berliner Metallindustrie.

In der Verhandlung am Dienstag zur Regelung der Augustgehälter hatten wir erneut dem BTB die Forderung unterbreitet, die Löhnegehälter um 10 Proz. zu erhöhen und die notwendige Zwischenzahlung bereits Ende dieser Woche vorzunehmen. Weiterhin haben wir nochmals die Forderung auf Niederschlagung des Vorschusses in Höhe von 25 Proz. gestellt.

Da alle Forderungen vom Arbeitgeberverband abgelehnt wurden, mußten die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen werden.

Die Niederschlagung des Vorschusses wurde mit der Begründung abgelehnt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse noch genau so ungünstig wie in den Vormonaten sind. — Am 22. d. M. erfolgt die Vorschlagszahlung in Höhe von 25 Proz.

Kfa-Metall-Kartell.
Günther. Lange. Roth.

Moskauer Rüge für Williams und Fimmen.

Auf dem eben beendeten internationalen Transportarbeiterkongreß gedachten die Moskauer Vertreter eine besondere Rolle zu spielen und der neuen internationalen Einheitsfrontparole aufzubeißen. Die Moskauer hatten bereits eine Delegation zu dem Kongreß in Aussicht genommen, in Erwartung einer Einladung zu dem Kongreß, die jedoch unterblieben ist. Die Russische Telegraphen-Agentur wird deshalb in Bewegung gesetzt, um einem Mitgliede der voreilig gewählten Delegation, deren Anwesenheit nur von ihr selber, vielmehr ihren Ausfraggebern gewünscht wurde, Melzjanin, Gelegenheit zur Beschwerde zu geben. Die russischen Gewerkschaften hätten auf Grund der Beschlüsse der vorjährigen Konferenz der Transportarbeiter, der persönlichen Be-

sprechungen Melzjanin mit Fimmen im Haag, und der kürzlichen Korrespondenz des Zentralkomitees der russischen Eisenbahn- und Transportarbeitergewerkschaften mit dem Exekutivkomitee der Transportarbeiter-Internationale eine offizielle Einladung nach Hamburg erwartet. Die letzte Antwort des Exekutivkomitees der Internationale habe indessen dahin gelaute, daß die Frage der Einladung auf dem Kongreß selbst erörtert werden solle. Wenn das Exekutivkomitee der Transportarbeiter-Internationale endgültig über die Aufnahme der russischen Gewerkschaften habe beschließen können, so wäre es ihm auch durchaus möglich gewesen, sie zum Kongreß einzuladen, um die Frage ihrer Aufnahme in die Internationale zu beraten. Die Leiter der Internationalen Transportarbeiter-Föderation Williams und Fimmen hätten durch ihr Verhalten die Schaffung einer Einheitsfront der internationalen Gewerkschaftsbewegung verzögert.

Der Verlauf des internationalen Transportarbeiterkongresses hat in dieser Beziehung gezeigt, daß der persönliche Vorwurf gegen Williams und Fimmen falsch adressiert ist, ganz abgesehen davon, daß es den Moskauer keineswegs um die Einheitsfront der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu tun ist, als vielmehr darum, ein großes bedeutendes Agitationsfeld für Generalstreiks zwecks „Weltrevolution“ zu gewinnen.

Die Exekutive der ITF, sowie der Kongreß haben deutlich erkennen lassen, daß die Internationale Transportarbeiter-Föderation keine Neigung hat, sich ihre Organisation von Moskau ruinieren zu lassen. Denn darauf läuft doch der Moskauer Einheitsrummel praktisch hinaus. Die Transportarbeiter sollen tanzen wie Moskau pfeift.

Wenn die russischen Gewerkschaften von der bolschewistischen Bevormundung, Unterdrückung und Kontrolle befreit sind, wenn ihre Mitglieder beschließen können, was sie für richtig halten, wenn sie selber ihre Delegierten wählen können, dann ist die Zeit gekommen, die freigewählten Vertreter der russischen Gewerkschaften einzuladen und gemeinsam mit ihnen, in ehrlichen kameradschaftlichen Beratungen, ohne alle Hintergedanken und hinterhältigen Pläne, an dem Ausbau der internationalen Gewerkschaftsorganisation zu arbeiten. Wenn erst die Sinowjew, Ljowoffis und ihre Untergebenen die unsauberen Hände aus dem Spiel lassen müssen, dann ist es überflüssig raffinierte, verlogene Einheitsparolen auszugeben, die Einheitsfront ist dann ohne weiteres da, als etwas Selbstverständliches, das höchstens der Formulierung bedarf.

Sollte den Moskauer Machthabern immer noch nicht klar geworden sein, daß ihre Absicht erkannt ist, die Gewerkschaften nach dem Rezept der 21 Punkte zu überfüttern, um sie ihren Zwecken dienstbar zu machen, daß die Gewerkschaften ihre Umarmungen ablehnen, dann muß ihnen dies weiterhin so unumwunden bedeutet werden, wie es der Internationale Transportarbeiterkongreß getan hat. Ihre Spekulation, einen Keil in die internationale Gewerkschaftsbewegung zu treiben, ist verfehlt, trotz der krampfhaften Beschlossenheit und „Wut“, mit der sie betrieben wird.

„Nur Arbeit kann uns retten!“

Bochum, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Betriebsrat der Krupp-Werke teilt mit, daß in der letzten Woche wiederum 1300 Arbeiter und Angestellte entlassen wurden. Von der 26000 Mann starken Belegschaft arbeiten 87 Proz. wöchentlich 57½ bis 60 Stunden. 58 Proz. wöchentlich 48 und mehr Stunden.

Je weniger Arbeit, desto längere Arbeitszeit — gebietet die Unternehmerlogik. Die Beschäftigten müssen — im Interesse der Produktionssteigerung, die die „Wirtschaftsbilanz“ erheischt — bis zu 60 Stunden arbeiten, damit ihre Arbeitsgenossen auf Pfahle gesetzt werden können. So will es die kapitalistische „Ordnung“.

Die Not in Ost-Oberschlesien.

Infolge der teilweisen Kurzarbeit seit Januar, der Ausperrungen und insbesondere des augenblicklichen Streiks, hat die Not in Ost-Oberschlesien eine außerordentliche Höhe erreicht. Die Geschäfts- und Privathäuser werden von Bettlern, insbesondere Kindern, förmlich überhäuft. Die Bestrebungen privater Vereinigungen um Linderung der größten Not erweisen sich mangels ausreichender Mittel als vollkommen unzulänglich. Von den Behörden ist bisher nicht das Geringste getan worden. Im übrigen herrscht in der Geschäftswelt eine sehr große Geldknappheit, so daß viele angelegene Firmen ihre Steuern nicht bezahlen können und demgemäß der Kollisionsbeamte häufig Gast bei ihnen ist. Unter den gleichen Verhältnissen haben auch die Handwerker zu leiden.

Den Kreisen in Deutschland, die sich durch diese BTB-Meldung um die in dem polnischen Teil Oberschlesiens zweifellos herrschende Not so sehr bekümmert zeigen, sei in Erinnerung gebracht, daß auch in Deutschland noch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und die daraus sich ergebende Not herrscht. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Eine Richtigstellung macht sich für uns infolge einer — irrtümlichen Angabe der „Roten Fahne“ notwendig. In der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ schilderten wir einen Fall kommunistischer Betriebswohlfahrt. Da der „Roten Fahne“ aus dem Bergmann-Elektrizitätswerk, Seestrade, geschrieben worden war, daß der von ihr als „ein Judas“ beschimpfte Klempner Werner „Mitglied der SPD“, „SPD-Held“, sogar „ehrenwertes Mitglied der SPD“ sei, waren wir leichtgläubig genug, den SPD-Beuten wenigstens in diesem Punkte zu glauben, und sprachen daher den Betroffenen als unseren Genossen an. In Wirklichkeit ist Werner Mitglied der USPD, was selbstverständlich an der Zurückweisung seiner Verdächtigung in der „Roten Fahne“ durch uns nichts ändert.

Deutscher Eisenbahner-Verband, Ortsverwaltung Berlin. Freitag, den 15. August, abends 7 Uhr, Versammlung der Scheidewellen- und -gehüllten im Gewerkschaftshaus, Goal 5. Tagesordnung: Die Umstellung bei der Reichsbahn. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Wenter; Wirtschaft: Heinz Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friede. Göttern; Freizeiten: R. S. Böhmer; Lokales und Sonstiges: Fritz Rothardt; Anzeigen: Th. Glöck; Ähnlich in Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Germania-Publikations- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu eine Beilage und „Weltweit“.

GROSSER

Lebensmittel

VERKAUF

Möhren 3 Pfund	10 Pf.	Gem. Erbsen ... ¼ Doz	58 Pf.	Leipz. Allerlei ... ¼ Doz	75 Pf.	Pflaumen	90 Pf.
Rotkohl	6 Pf.					Kakao	80 Pf.
Kartoffeln ... 10 Pfund	30 Pf.					Mettwurst	125 Pf.
Malzkaffee ... 1 Pfund-Paket	18 Pf.					Kaffee	230 Pf.

HERMANN

Leipziger Straße Alexanderplatz Frankfurter Allee

Die Feinde der Obst- und Laubbäume.

Gedehlich jüngeren Datums als die Nadelbäume sind unsere Laubbäume, überhaupt die große Masse unserer heutigen Gewächse. Weit besser im „Kampf ums Dasein“ ausgerüstet als jene, haben sie sich allmählich, aber sicher aus weiten Gegenden der Erde...

Zweige gelegt. Nur ausnahmsweise greift die Raupe des Eichenprozeptionspinner (Thaumetopoea processionea) auf andere Laubbäume über, sie lebt vielmehr fast ausschließlich auf Eichen, denen sie mitunter, so nach Götstein 1819 und 1828 in Westfalen, 1876 bei Schönebeck a. d. E., 1886 und 1887 bei Dessau, recht schädlich wird.



Eulen und Widler.

Zu weit würde es führen, auch nur die wichtigsten der zur Familie der Eulen, die ja den berüchtigten Schädling dieses Jahres, die Forseule, stellen, gehörigen Arten zu nennen, deren Raupen als unerwünschte Mitesser an Nahrungspflanzen auftreten. Nur einiger sei Erwähnung getan. So z. B. der Winterkast-Eule (Agrotis segetum), die gleich ihren nächsten Verwandten, dem Ausruhmgeißel (A. exclamationis) und der Adereule (A. corticea) Raps...

grabella) und der Wehlgünster (Asopia farinalis) auf Speichern und in Bäckereien großen Schaden anzurichten vermögen. Die Bienennote (Galleria mellonella) dringt sogar in die Bienenstöcke ein, wo ihre Raupe sich vom Wachs nährt und ganze Stöcke verderben kann.

Trotz äußerster Beschränkung in der Aufzählung der als Feinde unserer Kulturen auftretenden Schmetterlinge ist ihre Anzahl eine recht stattliche geworden; sie alle aufzuzählen ist, ganz abgesehen davon, daß es weit über den Rahmen dieser Zeilen hinausgehen würde, auch schon deshalb unmöglich, weil eben gar zu viele Raupen keine Kostverächter sind.

Hypnose-Phantasien.

Schwere Anlagen gegen einen Pastor.

Die Strafkammer des Landgerichts 11 wird sich in der nächsten Zeit als Berufungsinstanz mit einem Fall beschäftigen, der geeignet ist, allgemeines Aufsehen zu erregen. Wegen Unterschlagung, fortgesetzter Anstiftung zum Diebstahl, fortgesetzter Heberelei und fortgesetzter Verleumdung war der jetzt erst 20 Jahre alte Schneider Ernst Kain aus Ruhlsdorf bei Bernau im Juni dieses Jahres zu einer Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis sowie 1000 Goldmark Buße an den Rebenkötter Pfarrer Barth aus Ruhlsdorf vom Schöffengericht Pankow verurteilt worden.

Der Angeklagte Kain verkehrte in dem Hause des Pfarrers Barth, da er mit dessen Sohn Hans befreundet war. Anfang 1922 trat er in Beziehungen zu dem 18jährigen Walter Heine, von dem er eines Tages Geld bekam, um ihm Stiefel zu besorgen. Nach einiger Zeit erklärte Kain dem jungen Manne, daß er ihm keine Stiefel gekauft habe, sondern das Geld einem spiritistischen Verein übergeben habe. Dadurch sei Heine Mitglied des Vereins geworden. Er dürfe aber davon nichts verraten, sonst würde er ermordet werden.

Der Raupenfraß.

Was die Gefahr des Raupenfraßes vermehrt, ist, daß die von Raub sich nährenden Raupen zu einem sehr großen Teile nicht auf eine einzelne Baumart, etwa nur Eiche, Buche, Apfelbaum usw., „eingesetzt“, sondern daß sie, wenn auch nicht Alles, so doch Vieles fressen und daher von Wald- und Gauseebäumen oder von Hecken ohne weiteres auf Obstbäume übergreifen und umgekehrt. Zu diesen Vielesfressern gehört z. B. eine große Anzahl der zur Familie der „Spinner“ zählenden Schmetterlinge, von denen hier in erster Linie der Schwammspinner (Lymantria dispar) erwähnt zu werden verdient.

Die Rebellion.

Roman von Joseph Roth.

Die Nacht war still und hell. Die Hunde bellten. Ferne Türen gingen. Der Schnee mislerete, obwohl ihn niemand betrat und nur, weil der Wind über ihn hinstrich. Draußen schien sich die Welt zu weiten. Man sah durch die Ritze ein schmales Stückchen Himmel. Aber es gab eine deutliche Vorstellung von seiner Unendlichkeit.

Am nächsten Tag kam Andreas gruflos in die Stube. Er entnahm selbst Brot und Margarine dem Schrank. Die kleine Anna kam aus der Schule. Sie schmiegte sich an ihn, als wollte sie ihn verfühnen. „Spiel ein bißchen!“ bat sie. Und Andreas spielte auf seinem Vielerkasten die wehmütigsten Lieber, mit denen der Fabrikant das Instrument ausgestattet hatte.

Ihn beschäftigte nur das Rätsel der plötzlichen Veränderungen, die sich um ihn vollzogen hatten. Es war wie eine Verzauberung. Er versuchte, sich den Vorfall in der Straßenbahn klar ins Gedächtnis zu rufen. Er sah wieder den Herrn, der ihn angegriffen hatte. War es nicht umgekehrt gewesen? Was hatte der Herr nur gesagt? Daß die Invaliden simulierten! Und es stimmte. Wie oft hatte Andreas selbst Simulanten gesehen.

Strafhandlungen verübt habe. Das Geld habe der Pastor ihm stets abgenommen. Er sei einmal im Winternacht zum Pastor hingefahren. In dessen Studierzimmer habe er erst ein Glas Bier bekommen, dann habe der Pastor ein buntes Blatt Papier mit unbekannten Zeichen auf den Tisch gelegt, habe ihn über Stirn und Arme mit der Hand gestrichen und dabei aus einem Buch unverständliche Worte gemurmelt. Dadurch sei er ein willenloses Werkzeug des Pastors geworden. In derselben Weise habe der Pastor auch ein inzwischen verstorbenes 18jähriges Mädchen mißbraucht. Bei einem Besuch des Pastors habe er das Mädchen laut mimmernd gefesselt und unbekleidet auf dem Fußboden liegen sehen. Das Gericht hatte alle diese Angaben als ein Bürgen-gewebe betrachtet und den Angeklagten zu der oben angegebenen Strafe verurteilt.

In der neuen Verhandlung vor der Strafkammer werden sich zahlreiche Sachverständige über den Geisteszustand des Angeklagten zu äußern haben. Auch die Frage der Hypnose wird eingehend erörtert werden. Nach einem Gutachten von Geheimrat Dr. Wolf ist aus den Positivumständen bei dem Berliner Ferngespräch eine Nach- oder Fernhypnose gänzlich ausgeschlossen.

Nachklänge.

Er wollte „Kraich“ herbeiführen.

Man schreibt uns:

Am Hauptvorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes sah seit längerer Zeit ein unbefoldeles Berliner Mitglied, das zwar als Kommunist bekannt war, aber sonst einen mehr als harmlosen Eindruck machte. Wenn der Betreffende in den Sitzungen sein Sprüchlein herunterließ, dann boten seine Augen förmlich um Berührung. In den Mitglieds- und Betriebsversammlungen war er schon weniger sanft. Aber immer, gemessen an den anderen, ein Biedermannstyp. Im vorigen Jahre legte er sein Vorstandsmandat nieder, weil er selbst Unternehmer geworden. Selbstverständlich mußte er nun schärfer gegen die Gewerkschaften losgehen, er wurde wilder und manchmal so unanständig, daß sein Ausschluß aus dem Verbande dem Vorstand im Interesse des Verbandes geboten erschien. Der Biedermann heißt B. und war seines Zeichens Förder. Zwar hatte er nichts von dem großen 48er Revolutionär gleichen Namens, aber er betätigte sich doch revolutionär. Lange Jahre und hielten wir nichts von dem Biederen. Am 11. August war Versammlungsfest. Abends waren viele zehntausende Gewerkschaftler und Parteigenossen noch dem Schloße gezogen, um hier für die Republik zu demonstrieren. Die ungeheuren Massen imponierten selbst den Kommunisten. Deshalb mußten sie alles tun, um den „Sozialverrättern“ die Freude an der gelungenen Demonstration zu verfehlen. Schreiber dieses stand gegen 7 Uhr im Lustgarten, gegenüber dem Dom vor dem Reiterstandbild. Einige 50 Kommunisten, in der Mehrzahl Reichstagsabgeordnete aus der Münzstraße, beschäftigten in der ordinarsten Weise die Teilnehmer der immer noch neu aufstrebenden Demonstrationen. Zwei dieses Typs taten sich besonders hervor. Die Demonstranten würdigten sie keiner Antwort, wenn auch mancher empörte Blick darauf schiefen ließ, wie schwer diese Beherrschung wurde. Nur zwei halbtrennungslustige gelahten ihre Freunde unverhohlen über die Störungsvorläufe. Auf einmal trat ein weiterer „Sozialdemokrat“ tapfer entgegen. Er verteidigte die Partei, wenn er auch bescheiden zugab, mit diesem selbst nicht einverstanden zu sein. Deutlich gab es eine heftige Diskussion. Rede und Gegenrede floß hin und herüber. Aber der tapigere „Genosse“ wurde durch das Wortgefecht so konfus, daß die Kommunisten Verdacht schöpfen und ihn einen Spitzel nannten. Man wollte ihm handgreiflich zu Leibe gehen. Als es für ihn immer bedenklicher wurde, erklärte er plötzlich, keiner Partei anzugehören. Man drängte ihn nach vorn, um mit den sonderbaren Heiligen genauer anzusehen. Es war unser Kommunist B. Auf den Vorwurf, daß er geschwindelt und sich als Provokateur betätige, nahm unser B. zwei seiner erbittertesten kommunistischen Gegner auf die Seite, zeigte ihnen sein kommunistisches Mitgliedsbuch mit der Bemerkung, daß er so handeln mußte, um einen Kraich herbeizuführen. Seit ging den Kommunisten ein Seifensieder auf über die „politische Mission“ des B. Die Erregung wurde noch mehr geschürt. Als die Kommunisten verschiedene Forderungen der Demonstranten ergreifen wollten, kam es zu einer Prügelei. Die meisten Kopfnüsse kriegten die Kommunisten. B. hatte sich, wie das bei seiner Sorte Menschen üblich, rechtzeitig in Sicherheit gebracht.

Warum die Unternehmer nicht fliegen.

Dazu wird uns aus dem Siemens-Kongress folgendes berichtet: Als am Montag, den 11. August, die Arbeiter und Angestellten nach Siemensstadt kamen (das in der Hauptsache von den Siemenswerten beherrscht wird), wunderten sie sich, daß die Firma, an deren Spitze der bekannte Demokrat A. R. v. Siemens, W. d. R., steht, nicht einmal die Fahne der Republik auf den zahlreichen Werksgeländen gehißt hatte. Der Firma wurde von der Arbeiterschaft nahegelegt, das Versäumnis nachzugehen und das Angebot gemacht, der Arbeiterschaft gehörende schwarze-goldene Fahnen teilweise zur Verfügung zu stellen, falls die Firma damit nicht versehen sei. Dieses Angebot wurde von den Direktoren abgelehnt mit dem Hinweis, daß die Firma den Standpunkt vertrete, der Versammlungstag wäre ein „politischer“ Tag und überdies kein gesetzlicher Feiertag. Da die Firma ein wirtschaftliches Unternehmen sei, habe sie deshalb ein Flaggendie der Gebäude ablehnen müssen. — Die Begründung ist mehr als merkwürdig. Unseres Wissens war die Firma Siemens von jeher ein wirtschaftliches Unternehmen, hat aber früher bei Kaiser-Geburtsstags-Feiern und dergleichen Anlässen, ebenso auch während des Krieges unzählige Male in recht überreichem Maße Flaggenschmuck angelegt. Allerdings nicht schwarze-goldene Fahnen, sondern die Fahnen der Monarchie, schwarz-weiß-rot. Es scheint, daß dieser Unterschied der Farben die Veranlassung gegeben hat, daß sich die Siemens-Direktionen auf einmal so „unpolitisch“ einstellten. Was sagt der demokratische Reichstagsabgeordnete Herr von Siemens dazu?

„Der Dank des Vaterlandes ist Euch gewiß...“

Ein empörender Vorgang trat sich gestern nachmittag in einem Café in der Leipziger Straße zu. Der Betroffene von mehreren Augenzeugen berichten übereinstimmend folgendes: Ein Blinder betrat das Lokal, um im Auftrage einer Blindenorganisation Eintrittskarten für ein am gleichen Abend stattfindendes Blindenkonzert zu verkaufen. An einem Tisch wurde ihm eine Karte abgenommen. Als der Blinde Bezahlung dafür verlangte, wurde unter Halo die Karte zerrissen und ihm an den Kopf geworfen. Der bedauernswerte Krüppel gab seiner Erregung über diese Behandlung Ausdruck und wurde darauf in roher Weise von einem Kellner buchstäblich aus dem Lokal geworfen. Die in der betreffenden Gegend sich sofort ansammelnde Menschenmenge war über diesen Vorgang in heller Empörung. Während ein herbeigeholter Schupo im Lokal die notwendigen Feststellungen machte,

betrat ein Augenzeuge das Café in der Meinung, drinnen die übrigen Anwesenden mindestens so entrüstet vorzufinden wie draußen die Menge. — Keine Spur! Einige der Herrschaften machten noch saule Witze über den Mißhandlungen; der Rest der Gäste schlürfte mit großem Behagen kein Eis, um sich von der Erregung abzukühlen. — So! So!

Das Urteil gegen die Gentleman-Einbrecher.

Das Verfahren gegen v. Keudell abgetrennt.

Bei seiner verantwortlichen Vernehmung war der Angeklagte Joachim Dürre gekündigt, in Gemeinschaft mit dem Geisteskranken Paul Maciosoff den Eindruck bei dem Dänen Swaanholm verübt zu haben, bestritt aber seine Beteiligung an den anderen Diebstählen, die auf das Konto Maciosoff allein fallen. Dürre kommt aus einer angesehenen, sehr wohlhabenden Familie. Nachdem er infolge Familienzwistigkeiten sich aus dem Vaterhause entfernt hatte, geriet er auf die schlechte Bahn und schließlich auf den Weg des Verbrechens. Zu seinem Unglück kam er in die Kreise der Familie Maciosoff, gegen die zahlreiche Strafverfahren noch schweben. Bei dem ersten Diebstahl in der Wohnung des dänischen Kaufmanns Swaanholm im Winter 1922 wurde eine Perlenkette mit 384 Perlen, eine andere Kette mit 110 Perlen sowie verschiedene andere Schmuckstücke im Gesamtwert von 30.000 Dollar erbeutet. Frau Maciosoff, die bei der Kriminalpolizei als eine der bekanntesten Hehlerinnen gilt, leugnete mit großer Entschiedenheit jede Beteiligung ab. Auch der Angeklagte v. Keudell war bei der Unterbringung von Diebesgut mitbeteiligt. Er hat den Verkauf einer der gestohlenen Perlenketten vermittelt. Auf eine Frage von Rechtsanwält Dr. Frey erklärte er, daß er Frau Maciosoff für eine sehr ehrenwerte Dame gehalten hätte, die ihm aufs wärmste empfohlen worden war. Das Gericht beschloß, da die Gerichtsärzte zur Begutachtung des Geisteszustandes des Angeklagten v. Keudell nicht zur Stelle geschafft werden konnten, die Abtrennung des Verfahrens gegen ihn. Ebenso wurde das Verfahren gegen Frau Stod und deren nicht erschienenen Tochter Rosa, welche Frau Schuroff, abgetrennt. Dürre wurde des schweren Diebstahls im Voll Swaanholm für überführt gehalten, erhielt aber entsprechend den Anträgen von Rechtsanwält Theodor Milbrander Umstände zugestanden. Die Strafe lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, von der 14 Monate auf die Unteruchungshaft angerechnet wurden. Sauer wurde wegen einfacher Hehleri zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Unteruchungshaft verbüßt sind. Die Angeklagten Friedrich und Theodor Stod wurden der Hehleri nicht für schuldig befunden und freigesprochen.

Wie man in Angermünde die Toten ehrt.

Sarg und Stahlhelm als Grundlage deutscher Erneuerung.

Wenn man die völkischen Raufschden in ihrer ganzen Glorie sehen will, muß man sie schon dort auffuchen, wo sie glauben, so ganz unter sich zu sein. Und das glaubte die „Deutschvölkische Raigemeinschaft, Kreisgruppe Angermünde, wohl annehmen zu dürfen, als sie zum Sonnabend, den 2. August, zu einem „Deutschen Abend, verbunden mit Heilbenedingung“, eingeladen hatte. Ausdrücklich war bekanntgegeben worden, daß es sich um keine parteipolitische Sache, sondern um eine reine, würdige Feier handeln sollte.

Ausgeredet der Judensammilung Rosenthal begrüßte in dieser völkischen Versammlung die geladenen Vereine, Verbände und Organisationen (Balkenler). Alsdann redete der Wulle die Heilrede. Er stellte sich dem Kreise seiner Getreuen vor als „der Geschickter Deutschlands“ und behauptete, daß jeder, der „wie er die Geschichte gründlich studiert habe“, unbedingt zu der Ueberzeugung gelangen müsse, daß nur die im völkischen Glauben liegende hohe Eitlichkeit Deutschland wieder hochbringen könne. Niemand von den Anwesenden lasse etwa über solch hanebüchenen Blödsinn. Hermann der Cherusker“ war nach Wulles geschichtlichen Unteruchungen der größte Völkler, den es je gegeben, da er schon dieselben Ideen wie er, d. h. Wulle, hatte. Besonders lange verweilte der „große Geschickter“ bei dem Freiherrn von Stein, den er für die völkische Krankheit vollkommen reklamierete. Den Clou des Abends bildete die „Jugendheilbenedingung“. Während die Sozialbeleuchtung erfolgte, betrat der Herr Pfarrer Schulte-Steipe einen Altar, der von brennenden Kerzen flankiert wurde. Das hinderte aber nicht, daß man an der anderen Stirnseite des Saales die Sänaperschenke in vollem Betriebe ließ. Der Herr Pfarrer leistete sich in diesem ungläublichen Ritze die tollsten Sachen. Mit sich oftmals überschlagender Stimme knüpfte er da an, wo Wulle aufgehört hatte, d. h. bei der sittlichen Erneuerung des Volkes. Kein Wort von christlicher Liebe brachte er hervor, wohl aber lobte er den deutschen Geist in allen Tonarten. Die „Stimmung“ war schon derart, daß ihm bei seinen hohlerfüllten Kernsprüchen Heil, oder auch Prost zugerufen wurde. Er brachte es sogar fertig, zu erklären, daß der Kriegsgeld von 7 Millionen Deutschen nicht so schlimm sei; schlimm sei nur, daß diese 7 Millionen Menschen umsonst gefahren seien. In dem Augenblick, als er die Jugend ermahnte, ihre Soldatenpflicht genau so ernst zu nehmen, ging der Vorhang auf und es präsentierte sich im Scheinwerferlicht ein brauner Holzsterg, auf dem man einen Stahlhelm gelegt hatte. Und nun schritt der Herr Pfarrer in den Saal, daß die Jugend nicht in Freiheit erstarken, sondern sich an denen da, — der Herr Pfarrer zeigt auf den Sterg, — ein Beispiel nehmen solle.

Ja bin, so schreibt uns unser Genosse, dem wir diesen Bericht verdanken, schon an starken Latat gemüht, da es mir „vergönnt“ war, den Herrn „Hosprediger“ Vogel-Potsdam zu hören. Pfarrer Schulte von Stolpe überbietet ihn aber bei weitem. Eine Frage nur noch: Haben die Nationalen und kirchlichen Behörden nichts dagegen, wenn ein sogenannter Diener der Kirche im Langjahr Amtsgeschäfte verrichtet, während an der anderen Saalkante „feste einer gebügelt“ wird?

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 14. August.

Tagesschau, Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorläufer, Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

5.30—7 Uhr abends: Unterhaltungsmusik. 7.30 Uhr abends: Sprachunterricht (Englisch). 8.10 Uhr abends: Vortrag des Herrn Dr. Wegner: „Die Hegengebiete der Erde“. 9—10 Uhr abends: Konzert der vorwärts Berlin Funkkapelle. 1. Phädra-Ouverture, Massenet. 2. Kataskische Suite, Ippolitow-Iwanow. 3. Koholdtanz, Dvorak. 4. Fantasie aus der Oper „Die Afrikanerin“, Meyerbeer. 5. Mein Baden, Walzer, Komack. Anschloßend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportsnachrichten. 10.15—11.30 Uhr abends: Tanzmusik.

Geheimnisvoller Mord bei Hamburg.

1250 Goldmark Belohnung.

Ein großes Kapitalverbrechen beschäftigt die Hamburger Kriminalpolizei. Am Freitag, den 1. August d. J., wurde im Aufhängungsgebiet in Billwärder an der Bille im feuchten Sande verhaftet die Leiche eines jungen Mannes gefunden. Der Schädel ist durch wiederholte Schläge mit einem harten hgm. spizen Gegenstand zertrümmert. Der Tote, der dem Arbeiterstande angehört, ist ungefähr 20 Jahre alt. Bekleidet ist er mit einem blauweisse gestreiften Barchenthemd und einer Militärdose. Neben der Leiche lag eine zerfetzte grau-schwarz karierte Sackstirnweje. Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß der Betreffende in einem landwirtschaftlichen Betrieb gearbeitet hat. Ausweisepapiere und Briefschaften fehlen. Es haben sich nun Zeugen gemeldet, die angeben, daß sich am Sonnabend, den 2. August, ein Arbeiter dort in der Nähe des Fundortes auffällig umhergetrieben habe. An-scheinend suchte er etwas. Dieser Mann soll ungefähr 35 Jahre alt sein. Seine Nase soll durch Krebs angegriffen sein und der rechte Nasenflügel fehlen. Da es wohl möglich ist, daß der Gefundene oder der Täter ein Berliner ist, ist die hiesige Kriminalpolizei um Mitwirkung ersucht worden. Mitteilungen, die auf Wunsch vertraulich behandelt werden, nimmt unter Hinweis auf die ausgesetzte hohe Belohnung Kriminalkommissar Dr. Annuschat im Polizeipräsidium entgegen.

Rechtsenscheid des Kammergerichts in Wesschuhfahren. Das Kammergericht hat am 5. Juni d. J. folgenden Rechtsenscheid (WR. I. 13 279) getroffen, der im Justizministerialblatt mitgeteilt wird: „Die Beschwerdestelle ist nicht befugt, ihre Entschcheidung über die Rechtsbeschwerde nach der Belanggabe an die Parteien abzuändern.“

Vorübergehende Schließung der Stadtbücherei Spandau. Zweck Prüfung des Bücherbestandes bildet die Stadtbücherei für den Aus-leihverkehr in der Zeit vom 15. bis 30. August geschlossen.

Für Stiegli, Rankwitz und Lichterfelde findet die Jugend-wetche am Sonntag, den 28. September, im Lyzeum I, Stiegli, Köthenburgstr. 18, statt. Anmeldungen unter gleichzeitiger Bezahlung des Einjahresheldes von 0,50 M. werden angenommen bei S. Krüger, Stiegli, Siemensstr. 76; Frau Ungerer, Wilmersdorf, Pranner Str. 43 (Siebling); W. Felgentreu, Rankwitz, Char-lottenstraße 34.

Vermiit wird seit Freitag, den 8. August, die 67jährige Frau Rinna Bader. Natur: klein, circa 1,50 Meter. Kleidung: schwarzer Rock, kleine blaue Schürze, schwarze Schürzhüte, Umhängetasche, schwarzer Schirm. Nachrichten erbittet Ed. Bader, Rurstraße 49 oder Polizeipräsidium.

Das Pflharmonische Orchester branfallt am Freitag, den 15. August 1924, abends 8 Uhr, in der Neuen Welt ein Konzert.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Die Kreise 4, 10, 11, 12, 15, 16 und 17 werden ersucht, umgehend die Fragebogen ausgefüllt nach hier zurückzusenden. Die Einreichungsfrist für Reklamationen und Pro-letarische Forderungen sind ausgegeben. Einreichungen können erfolgen bei allen Abteilungsleitern sowie in der Buchhandlung Borntrich, Lindenstr. 2, im Jugendsekretariat, Lindenstr. 3, und im Bezirksbildungsausschuss, Lindenstr. 3, 2. Hof II.

Die 6. Forstwanderung findet am Donnerstag, den 14. August, statt und führt diesmal vom Bahnhof Köpenick, wo sich die Teilnehmer um 8 Uhr versammeln, über Ullenhork in die Damm-torfark und von dort über das malerische Dorf Kästemaal zum Bahnhof Hirschgarten, von wo aus die Rückfahrt nach Berlin ujm. angetrieben werden kann. Da Oberförster Ruda, der die Wanderungen bisher leitete, verunglückt ist, wird der Rentierförster E. S. H. die Führung übernehmen. Vorausschichtlich wird sich ein Wissenschaffler an der Wanderung beteiligen, um unterwegs über Pflanzen- und Vogelfauna notwendige Rufführungen zu geben.

„Der Hunger nach Gold“, eine satirische Komödie des bekannten Subli-tisten Karl Schmidt, derzeitiger Herausgeber der „Kölnischen“ und Generalred-der „Zeit am Montag“, wird Mitte August im Hof-Theater ihre U-aufführung erleben.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 14. August, abends 7½ Uhr:

Freizeitabend Jugendheim, Dissenbücker Str. 16, Vortrag: Arbeiterjugend und Republik. — Geländeerkenntnis: Schule, Guttenbutter Str. 2, Vortrag: Die Entstehung und Bedeutung des Weltkrieges 1914/18. — Raststätte: Jugendheim, Wilmersdorer Str. 10, „Glasener-Kreuz“, — Schwanzgenoff: Antonia, Berliner Platz, Vortrag: „Sozialer Jugend-Verkehr“. — Scher-felder-Direktor: Bodenpark, Oberdenger Str. 57, Vortrag: „Das sozialistische Erziehungsproblem“. — Weißersee: Communale, Weidopromenade, Vortrag: „Berufswahlproben“. — Schwefelstr.: Jugendheim, Lindenstr. 3, Mitglieder-versammlung. Wichtige Tagesordnung.

Werkstätten Obersee, Kriemhild-Weg abends, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Jugendheim Köpenick, Grünauer Str. 5. Schmit-liche Raststätte haben zu erscheinen.

Wichtig, Mitteilungsleiter! Verlangt-Konferenz am Sonnabend, den 16. d. M., pünktlich abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Mittwoch, den 13. August:

1. Rennen. 1. Lara Hill (R. Adler), 2. Schanz Koo (Ruh). Toto: 10 : 10. 2. Rennen. 1. Santa Lucia (Wißchen), 2. Bohnentanzel (Breege), 3. Hefe Sonne (B. Schmidt). Toto: 144 : 10. Platz: 24, 21, 90 : 10. Ferner lesen: Perlenkette, Lebedame, Humor, Prof. Rimon, Wottlau. 3. Rennen. 1. Hofbank (Kalk), 2. Kleint (Sanger), 3. Diezel H. (Kalk). Toto: 33 : 10. Platz: 18, 15, 18 : 10. Ferner lesen: Hlandern, W. J. Grisholm, Götter, Gedalind. 4. Rennen. 1. Labrador (Wismar), Amara (Wingler), 3. Dingeburg (R. Adler). Toto: 25 : 10. Platz: 18, 16, 19 : 10. Ferner lesen: Gernu, Peri, Ed. Semendria, Parrel, Dergleide, Reptun, Wubi. 5. Rennen. 1. Eddon (Rute), 2. Etkerne (Wall. Geyer), 3. Octavio (Streit). Toto: 15 : 10. Platz: 15, 19 : 10. Ferner lesen: Alphon, Stahlstel. 6. Rennen. 1. Teis Trac (v. Borke), 2. Schmitt II (v. Halbhahn), 3. Daulinmphie (Dr. Quante). Toto: 34 : 10. Platz: 21, 19 : 10. Ferner lesen: Siege, Sullan. 7. Rennen. 1. Niederwald (Ruhwig), 2. Berta (D. Müller), 3. Stäffel (Centpell). Toto: 155 : 10. Platz: 22, 14, 14 : 10. Ferner lesen: Wring Karnaval, Genimora, Gant, Diogenes, Kaufeldmarin, Daniel V. Switrg, Jutra.

Großes Steher-Derby auf der Olympia-Radrennbahn. Schon am kommenden Sonntag veranstaltet die Olympia-Radrennbahn ihre nächsten Rennen. Dieser Sonntag ist fast ausschließlich den Dauer-fahren gewidmet. Seit und bisher verpflichtet: Wittig, Sewall, Wolfen und Krupfal. Glnu kommt noch ein Fahrer der Extraklasse und fünf sehr gute B-Fahrer. Als Reueit kommt für die Dauerfahrer ein Rennschiff-fahren über 1 Stunde zum Austrag. Kleinere Fiegereennen werden das Programm vervollständigen. Beginn 9½ Uhr.



Odol ist das konzentrierteste Mundwasser der Welt, wenige Tropfen genügen! Odol ist also sehr sparsam. In Anbetracht dieser Sparsamkeit, die wie ein Wunder anmutet, ist Odol tatsächlich das billigste Mundwasser der Welt.



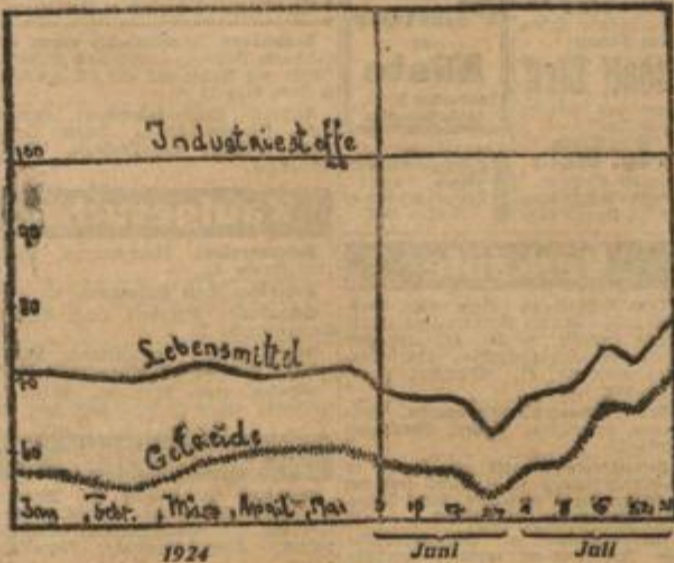
Wirtschaft

Die Preissteigerung der Agrarprodukte.

Das ungestüme Verlangen der Agrarier nach Schutzzöllen für Agrarprodukte, insbesondere für Getreide, erscheint in dem augenblicklichen Zeitpunkt äußerst gefährlich. Nicht nur deshalb, weil die verminderte Kaufkraft der breiten Massen durch Agrarzölle weiter herabgedrückt und der ohnehin stark gesunkene Lebensstandard weiter sinken würde, sondern auch aus dem anderen Grunde, weil sich jetzt ein natürlicher Ausgleich zwischen den hohen Preisen für Industrieprodukte und den niedrigen Preisen für Agrarprodukte entwickelt, der langsam wieder das Gleichgewicht verschwinden läßt.

Durch Schutzzölle würde der sich langsam entwickelnde Gesundungsprozess nicht nur gestört werden, sondern es würde eine weit schlimmere Krise entstehen, von der dann die Industrie und mit ihr die Arbeiterbevölkerung aufs schwerste betroffen würde.

Dass der Höhepunkt der Agrarkrise überschritten ist, zeigt deutlich die Preissturz, die an Hand der Großhandelsindizes konstruiert wurde. Mit dieser bildlichen Darstellung der Preisbewegungen soll gezeigt werden, in welchem Maße sich relativ die Lebensmittel- sowie die Getreide- und Kartoffelpreise im Laufe dieses Jahres dem Preisniveau der Industriefstoffe genähert haben. Besonders zu beachten ist, daß die Lebensmittel- und Getreidepreise nur das relative Verhältnis zu den Industriefstoffpreisen anzeigt, d. h. die tatsächliche absolute Preissturz auf der Basis 1913 = 100 berechnet, würde sich bei den Industriefstoffen um 140, bei den Lebensmitteln um 100 und bei Getreide und Kartoffeln um 80 herum bewegen. Im vorliegenden Fall bilden die Industriefstoffe die Basis 100, um deutlicher zeigen zu können, wie weit sich seit Anfang dieses Jahres die Lebensmittel- und Getreidepreise den Industriefstoffen genähert haben.



Während für die ersten fünf Monate des Jahres 1924 nur die Monatsdurchschnitte festgestellt wurden, sind für Juni und Juli die Wochendurchschnitte berücksichtigt worden.

Anfang Juni waren die Getreidepreise um 42 Proz. und die Lebensmittelpreise um 32 Proz. niedriger als die Preise für die Industriefstoffe.

Es folgt bis zum 24. Juni ein rapider Sturz, die Kurve erreicht den tiefsten Punkt und die Preisdifferenz erhöht sich auf 47 Proz. für Getreide und 58 Proz. für Lebensmittel.

In der folgenden Zeit nähern sich die Agrarproduktpreise wieder den Industriefstoffpreisen, die Preisdifferenz wird ständig kleiner und beträgt am 15. Juli 35 Proz. bzw. 26 Proz.

In der Woche vom 15. bis 22. vergrößert sich wieder etwas der Preisunterschied, um in der letzten Juli-Woche vom 22. bis 29. sich von neuem gewaltig zu vermindern, so daß die Differenz zwischen den Industriefstoffen und Lebensmitteln bzw. Getreide nur noch 30 bzw. 22 Proz. beträgt.

Ob die Annäherung der Getreide- und Kartoffelpreise an die Preise der Industriefstoffe auch in den nächsten Wochen andauern wird, ist nicht vorauszusehen, jedoch nach der bisherigen Entwicklung wahrscheinlich.

Auf jeden Fall ist der Gesundungsprozess klar erkennbar, um so mehr, wenn man sich vor Augen hält, daß die Preise für die Industrieprodukte erheblich über den Weltmarktpreis stehen, die gewiß in nächster Zeit durch die aus dem Sachverständigenrathe resultierenden amerikanischen Kredite sich weiter senken werden, so daß die Preisspannung zwischen den Industrie- und Agrarprodukten weiter nachlassen wird.

Es liegt also nicht der geringste Grund vor, den Agrariern Schutzzölle zu bewilligen. Die neue Konjunktur, die nach glücklichem Abschluß der Londoner Konferenz einsetzt und deren Vorboten sich jetzt schon bemerkbar machen, werden den augenblicklich noch vorhandenen Preisunterschied zwischen Agrar- und Industrieprodukten ausgleichen und wieder geordnete wirtschaftliche Verhältnisse in Deutschland herbeiführen.

Schutzzölle und Lebenshaltungskosten.

Die Berliner Wirtschaftsberichte (Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin) wenden sich entschieden gegen die Zollvorlage: „Die durch den Schutzzoll bedingte Mehrbelastung gegenüber dem Zustand, die übrigens nicht nur die städtischen Verbraucher, sondern auch weite Kreise der Landbevölkerung, die Handwerker, Arbeiter und Angestellten auf dem Lande, ja selbst alle klein- und mittelbäuerlichen Betriebe, die Getreide für ihre Wirtschaft zukaufen müssen, trifft, bedeutet eine ernste Gefahr. Sie würde die Lebenshaltung der breiten Masse in einer die Volkskraft und Gesundheit gefährdenden Weise herabdrücken, die sozialen Lasten erhöhen, den Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen Erzeuger und Verbraucher verschärfen und vor allen Dingen der Industrie ihre Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland aufs äußerste erschweren.“

Auch eine Enquete.

Eine ganz besondere Sorte von Bericht scheint der Bericht der Textilenquete zu sein, der bereits durch die Geheimisfrämerel, die beteiligte Stellen mit ihm treiben, fagenhaft zu werden beginnt. Er ist seit Wochen fertig. Auch hat man (durch die Regierung) angedeutet, daß er schweres Material gegen die Textilpreisbildung enthalte. Am Dienstag passierte er nun in Gegenwart des Wirtschaftsministers Dr. Hamm den Reichswirtschaftsrat (wie immer unter Ausschluß der Presse). Inzwischen klammern die Textilpreise lustig in die Höhe.

Nun der Bericht selbst, der vom RWR (Wirtschaftspolitische Ausschuss) genehmigt wurde. Wie wir erfahren, wurde nochmals festgestellt, wie der Vorbericht bereits vor Wochen betonte, daß der Lohnanteil an den Kosten des Produktes geringer sei als im Frieden. Diese Tatsache ist bei den Löhnen ebenso begründet wie wichtig. Dagegen kann man aber nicht an der Feststellung vorbei, daß die Preis- und Konditionstarife verteuern gewirkt haben und noch verteuern wirken. Mit anderen Worten: Die Löhne haben (auf Kosten des Arbeiters) die Beziehungskosten gekürzt, der Kartellunfug (gegen dessen böse Wirkung Herr Hamm völlig verlor hat) trieb sie in die Höhe. Das wurde, wie gesagt, festgestellt. Das deutsche Volk wird Räberes bald im Bericht selbst nachlesen können. Nun kommt aber die direkt phänomenale Stelle, die besagt, „daß

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose .. 16,25 - 20,00	Röstgetreide, lose .. 18,50 - 19,00
Gerstengraupen, lose .. 15,00 - 19,00	Kakao, festarrn .. 65,00 - 75,00
Haferflocken, lose .. 16,00 - 17,25	Kakao, leicht erdig .. 80,00 - 100,00
Hafergrütze, lose .. 18,00 - 19,00	Tea, Sooschan, gepackt .. 350,00 - 430,00
Roggenmehl 0/1 .. 13,50 - 14,00	Tea, indischer, gepackt .. 425,00 - 520,00
Weizenmehl .. 18,25 - 19,75	Inlandszucker basis mel .. 41,00 - 43,00
Wartgetreid .. 22,50 - 24,25	Inlandszucker Raffinade .. 41,00 - 46,00
70% Weizenmehl .. 16,00 - 17,25	Zucker Würfel .. 46,00 - 49,00
Weizen-Auszugmehl .. 18,25 - 23,00	Kunsthonig .. 30,00 - 32,00
Speiseerbsen, Viktoria .. 13,00 - 17,50	Zuckersirup hell in Elm .. 49,00 - 45,00
Speiseerbsen, Kline .. 8,75 - 11,75	Speisesirup dunkl in Elm .. 27,00 - 31,00
Bohnen, hande, Bari .. 20,00 - 24,00	Marmelade Bist. Grob .. 90,00 - 95,00
Langbohnen, wasser, ver .. 27,00 - 30,50	Marmelade Viertracht .. 33,00 - 40,00
Linsen, kleine .. 20,00 - 20,50	Pflaumenmus in Elmern .. 33,00 - 38,00
Linsen, mittel .. 31,00 - 37,50	Steinsalz, lose .. 3,10 - 3,70
Linsen, große .. 39,00 - 46,00	Siedesalz, lose .. 4,00 - 4,70
Kartoffelmehl .. 18,75 - 20,50	Bratenschmalz in Tierces .. 81,00 - 81,50
Makkaroni .. 26,00 - 42,00	Bratenschmalz in Kübeln .. 82,00 - 83,00
Makkaronimehl .. 33,00 - 43,00	Purelard in Tierces .. 70,00 - 79,00
Schmittmehl, lose .. 15,00 - 17,75	Purelard in Kübeln .. 79,00 - 80,00
Bruchreis .. 15,00 - 16,90	Speisestärke in Packung .. 49,00 - 52,00
Rangoon Reis .. 18,00 - 18,50	Speisestärke in Kübeln .. 45,00 - 50,00
Taleireis, glasirt, Patna .. 23,75 - 31,00	Margarine, Handel. I .. 63,00 -
Taleireis, Java .. 30,00 - 36,00	desgl. II .. 57,00 - 60,00
Ringmais, amerik. .. 85,00 - 90,00	Margarine, Spezialm. I .. 79,00 -
Getr. Pflaumen 00/100 .. 40,00 - 43,00	desgl. II .. 66,00 - 68,00
Pflaumen, entsteint .. 50,00 - 55,00	Margarine III .. 49,00 - 53,00
Cal. Pflaumen 00/30 .. 60,00 -	Molkereibutter L Fassern 200,00 - 205,00
Rosinen in Kisten, Candia .. 65,00 - 70,00	Molkereibutter in Pack. 210,00 - 217,00
Sultaninen Caraburnu .. 80,00 - 90,00	Landbutter ..
Korinthinen, choise .. 70,00 - 75,00	Auslandbutter in Fassern 210,00 - 220,00
Mandeln, süße Barf .. 175,00 - 180,00	Corned beef 126 lbs p. K .. 34,50 - 37,00
Mandeln, bittere Bari .. 155,00 - 160,00	Austl. Speck, geräuchert .. 75,00 - 87,00
Zimt (Cassia) .. 106,00 - 115,00	Quadratkäse .. 30,00 - 48,00
Kummel, holländischer .. 6,00 - 7,00	Tilsiter Käse, vollfett .. 100,00 - 115,00
Schwarzer Pfeffer singap. .. 108,00 - 115,00	Bayr. Emmenthaler .. 165,00 - 175,00
Weißer Pfeffer .. 130,00 - 155,00	Echter Emmenthaler .. 180,00 - 185,00
Rohkaffee Brasil .. 188,00 - 215,00	Austl. ungeruck. Condensam. 48/16 .. 21,00 - 22,25
Rohkaffee Zentralamerika 230,00 - 285,00	Inländische desgl. 48/12 .. 16,50 - 17,50
Rohkaffee Brasil .. 230,00 - 280,00	Inl. gez. Condensam. 48/14 .. 26,00 - 29,50
Rohkaffee Zentralam. .. 300,00 - 375,00	

die Textilpreise nicht zu hoch seien“. Auch das hat der RWR unterschrieben und der Minister hat es gebilligt. Wir sind gespannt darauf, wie der Bericht das belegen wird. Borecki fragt sich, weshalb man erst die Kommission zur Feststellung der Ursachen der hohen Textilpreise zusammengestellt hat, wenn diese angemessen sind? Haben Herr Hamm und der RWR schon jemals etwas von einer deutschen Außenhandelsbilanz gehört, aus der hervorgeht, daß die Textilausfuhr Deutschlands sich reduziert und die Einfuhr aus dem Ausland zunimmt? Das geschieht doch nicht etwa, weil die Importeure in Deutschland ebenso billig kaufen können wie im Ausland, dessen Preise auch, eben weil wir exportieren müssen, für unsere Textilpreise maßgebend sind? Der Bericht der Textil-enquete widerspricht in diesem Punkte der Wirklichkeit so sehr, daß es geraten ist, ihn gar nicht zu veröffentlichen.

Der Skandal von Wöllersdorf.

Die österreichische Wirtschaftspolizei hat nach Abschluß ihrer Erhebungen die Akten über den Wöllersdorfer Skandal dem Landgericht für Strafsachen übergeben. Dort hat Staatsanwalt Dr. Kadetka nach Prüfung der Sachlage den Antrag auf Einleitung und Fortführung der Untersuchung gestellt. Als Untersuchungsrichter ist nunmehr Oberlandesgerichtsrat Dr. Richard Klühof mit der Angelegenheit befaßt.

Die überaus unangenehmen Akten mit ihren vielen, zum Teil verwinkelten Verträgen bringen es mit sich, daß diese Untersuchung viele Wochen dauern wird und kaum vor dem Spätherbst wird abgeschlossen werden können. Dann wird die Staatsanwaltschaft befreit der Erhebung der Anklage sich schuldig werden.

Bei der strafrechtlichen Untersuchung wird auch die Rolle von Herrn Georg Starz geklärt werden. Wie ein Berliner Botenkorrespondenz gleichzeitig mitteilt, ist gegen den Kaufmann Heinrich Starz aus der Brüdenerstraße 6a auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Veruntreuung der Voruntersuchung wegen Beihilfe zum betrügerischen Bankrott der Firma F. Ronong in Schirgiswalde in Sachsen eröffnet worden.

Abwehr gegen soziales Dumping.

Die kapitalistische Zollpolitik hat vornehmlich den Sinn, den Großunternehmern und Großgrundbesitzern Profite zuzulassen. Ein Antrag Johnsons auf der letzten Konferenz der Unabhängigen Sozialistischen Partei Englands in bezug auf die Zollfrage verdient die Beachtung, da er die Zollfrage von einer anderen Seite her, von der der Sozialpolitik erfährt. Diefem Antrage zufolge soll England nur solche Waren mit Zöllen belegen, welche aus Ländern kommen, wo die Erzeuger dieser Waren von ihren Unternehmern ausgebeutet werden. (Produkte der Schwimindustrie.) Auf diese Weise sollen die ausländischen Unternehmer gezwungen sein, ihren Arbeitern denselben sozialen Schutz zu gewähren wie England selbst.

Fünf Jahre Reparationspolitik. Unter diesem Titel ist im Zentralverlag ein Grundriß von Dr. Oskar Wingen erschienen, der eine gedrängte Darstellung der Entwicklung der Reparationsfrage und des Kampfes um die realpolitische Einstellung in der Reparationsfrage gibt. Zur Einführung in die demokratische Bewegung Geschichte der Reparationsfrage ist der Grundriß empfehlenswert, wenn auch Licht und Schatten nicht ganz gleichmäßig verteilt sind. Wir vermissen zum Beispiel ein Eingehen auf die Kräfte — Reichsbank, — die sich in den entsprechenden Situationen von Ende 1922 in Deutschland einer realpolitischen Lösung hemmend in den Weg stellen.

Verlängerung der Kurzarbeit in der englischen Baumwollindustrie. Seit Februar dieses Jahres wird in der Baumwollindustrie in Lancashire, soweit sie amerikanische Baumwolle verarbeitet, nur 2 1/2 Stunden in der Woche gearbeitet. Der Ausschuß der Baumwoll-Verarbeitung in Lancashire hat nunmehr, wie „Die Textil-Woche“ berichtet, beschlossen, die Kurzarbeit bis zum Ende des Jahres auszudehnen. Der Beschluß erscheint etwas verfrüht, da die amerikanische Ernte sich noch nicht überblicken läßt. Es wird aber eine Kauflei vorgeschlagen, wonach Veränderungen in der Kurzarbeit in der Zwischenzeit vorgenommen werden können, sofern die Lage des Baumwollmarktes es gestattet. Immerhin hat dieser Beschluß, der gleichzeitig mit der verbessernden Entschädigung in Amerika herankommt, dazu beigetragen, im Augenblick die Baumwollpreise herabzudrücken.

Die Breslauer Herbstmesse 1924 wird am Sonntag, den 7. September, vormittags 11 Uhr, eröffnet und am 9. September, abends 5 Uhr, geschlossen.

Die Zahl der Aussteller ist in einigen Gruppen wieder gestiegen und somit die höchste aller bisherigen Breslauer Messen.

Der Herbstmesse ist auch diesmal eine Kunstmesse (vom 6. bis 14. September im Schlesiischen Museum für bildende Künste) angegliedert, die zu einer Kunst- und Budenmesse erweitert ist. Sie ist noch besser als ihre beiden Vorgänger besetzt und verspricht, ein voller Erfolg zu werden.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Zeitweise Härter bewölkt mit einzelnen leichten Regenschauern und Gemüßelung bei unbeständiger Temperatur. — Für Deutschland. Am Osten und Süden ziemlich zahlreich, im Westen nur vereinzelte Regenschauer, stürmische Gewitter.

Einsegnung und Schulbeginn

Einsegnungs-Anzüge

Blaue Cheviotanzüge , haltbare Qualität, ein- und zweireihig .. 30,-	25,-
Blaue Anzüge aus kammgarnartigem Cheviot, gut verarbeitet .. 40,-	33,-
Marengo Anzüge in guter Qualität .. 38,-	30,-
Blaue Anzüge , Ersatz für Maß, aus gutem Kammgarncheviot .. 52,-	46,-
Blaue Anzüge in kleinen Gr. (7-10) .. 18,-	14,-

Herren- und Damenkleidung

Jacketanzüge , unerreicht billig, Partieware aus haltbaren Stoffen .. 18,-	18,-
Ersatz für Maß , aus besten Stoffen, in erstklassiger Ausführung 90,-, 85,-, 75,- .. 69,-	69,-
Sportanzüge , zweltellig .. 17,50	17,50
Sportanzüge , dreiteilig, in reicher Musterwahl, modern verarbeitet .. 30,-	30,-
Manchester-Sportanzüge .. 36,-	36,-
Gummi- u. Garbadinemäntel in sehr reicher Auswahl, Qual. u. Genre jed. Art, Preise je nach Qualität. Wollgabaridine v. 68,- an, Baumwollgabaridine von 18,- an, Gummimäntel, irreg. von 13,- an .. 13,50	13,50
Lodenmäntel in Bozener- und Raglanform, aus imprägniertem Strichloden .. 15,-	15,-
Übergangswäster und Paletots in großer Auswahl und guter Machart .. 25,-	25,-

Prüfungs-Anzüge

Ein grosser Posten einzelner Anzüge .. 19,50	19,50
Anzüge aus gestreiften, karierten und Homespunstoffen .. 29,-	25,-
Anzüge aus blauem, grauem u. grünem Cheviot m. Nadelstreifen, in guter Verarbeitung .. 33,-	30,-
Anzüge aus Stoffen besserer Qualitäten, reichhaltige Musterauswahl .. 40,-	35,-
Anzüge , Ersatz für Maß, in schönen Mustern, aus sehr guten Stoffen, vorzügl. sitzend .. 32,-	46,-

Windjacken aus imprägniertem Stoff, für Damen von 9,50, für Herren .. 8,50	8,50
Herrn-Lederjoppen , in flatter Sportform, aus braunem Leder von 82,- an, aus schwarzem Leder .. 65,-	65,-
Damen-Lederjoppen , vorzügl. verarbeitet, aus gutem braunem Leder .. 100,-	100,-
Leder-Sportmäntel in moderner Sportform, aus farbigem Leder .. 125,-	125,-
Fahr- oder Automäntel aus braunem Nappaleder .. 205,-	205,-
Herrnhosen , gestreift, in gr. Auswahl von 5,- an .. 5,50	5,50
Sport-Hosen , Breeches .. 4,-	4,-
Sportwesten für Damen u. Herren , schicke Formen, schöne Farben .. 7,-	7,-

Zum Schulbeginn

Knaben-Stoffanzüge , 0-6, Joppenfasson, hochgeschlossen .. 5,-	5,-
Knaben-Stoffanzüge , einzelne Anzüge in Sport- u. Matrosenform, a. halb. Stoffen 11,50 .. 9,50	9,50
Knabenanzüge , 3-7, aus schwarz-weiß kariertem Wollstoff in kleidsamer Sportform, außergewöhnlich preiswert .. 13,50	13,50
Knabenanzüge aus blauem Cheviot und kammgarnähnlichen Stoffen, in allen gängbaren Fassons, beginnend mit .. 9,50	9,50
Burschenanzüge , 7-12, Sport- und Jackettform in reicher Musterauswahl, je nach Qual., Gr. 7-9 22,-, 18,-, 14,-, größere Nummern entsprechend höher .. 12,50	12,50
Burschenanzüge , Gr. 7-12 in besserer Qualität u. Verarbeitung, im Preise bedeutend herabgesetzt .. 36,-, 29,-	27,-
Jünglings-Sportanzüge mit Breecheshose in vielen Qualitäten und Mustern .. 21,-	21,-
Knaben- und Burschen-Übergangsmäntel in geschmackvollen Dessins, in guter Verarbeitung, Gr. 3 .. 7,50	7,50
Knaben-Pyjaks , Gr. 0-6, in guter Qualität, gefüttert .. 11,50	11,50
Knaben-Waschanzüge , im Preise bedeutend herabgesetzt .. 3,-	3,90
Leibcherhosen , Gr. 1-6 Lgr. Ausw., Gr. 1-3 von .. 1,-	1,65

Müte, Oberhemden, Krawatten, Handschuhe, Taschentücher, Unterwäsche, Hosenträger zur Einsegnung in großer Auswahl.

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Baer Sohn A. G.

Eigene Kleiderwerke

Chausseestraße 29-30

In allen Waren sind auch Qualitäten höherer Preislagen vorrätig

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihentage der eingehenden Aufträge gegen Vorauszahlung der Beiträge zuzügl. 1,- M. für Porto u. Verpackung od. gegen Nachnahme

Seitens des Bezirksvorstandes... heute abend 6 Uhr Sitzung im Konferenzzimmer der 'Vorwärts'-Redaktion...

- 1. und 2. Kreis: Sommerfest... 3. Kreis: Mittw. Freitag, den 13. August...

- 4. Kreis: Kreuzauer Berg, Freitag, den 13. August... 5. Kreis: Kreuzauer Berg, Freitag, den 13. August...

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Reichsbanner 'Schwarz-Rot-Gold'... Männerchor Friedrichshagen...

Theater, Lichtspiele usw. Staats-Theater am Königsplatz... Opernhaus am Königsplatz...

Große Volksoper im Theater des Westens... 8 Uhr: Mignon... Casino-Theater...

ATA HENKEL'S SCHEUERPULVER... Ein Radiofunk ist einpassiert... Für Ata-Sendung besten Dank...

Paul Loose... Im 62. Lebensjahre... Frau Anna Loose, geb. Jaek...

Krause-Pianos zur Miete... Anbacher Str. 1... Sude Klavier...

Verkäufe... Trolk Teilschlüsseln... Heberhandwagen...

Garten, Laube, Balkon... Verkauf... Unterrichts...

Verschiedenes... Gegen graue Haare... Geldverkehr...

Das 2. Haus von der Leipziger Strasse... Donnerstag, Freitag und Sonnabend...

Noch einmal Hochsommer-Kleidung... Voll-Voile-Kleider 8.75... Weisse Mützen 1.75...

Bleichmittel... Hecht... Lindenstr. 81...

Frei-Variété... Vorstellung von heute ab bis auf weiteres ab 8 Uhr festgesetzt...

LUNAPARK... Heute Elite-Tag... 9 Uhr: Das sensationelle...

Bilanz der Baugenossenschaft Bürgerwalde per 31. Dezember 1923...

Verpachtung des Park-ULAP... Auf vielseitigen Wunsch ist der Beginn der Frei-Variété...

Deutscher Metallarbeiter-Verband... Achtung! Verwaltungsmittglieder...

Möbel... Wäschelack... Kleider...

Vermietungen... Mietsuche... Arbeitsmarkt...

Stellengesuche... Stellenangebote... Tüchtige jüngere...

Arbeitsmarkt... Stellengesuche... Stellenangebote...

Stellengesuche... Stellenangebote... Tüchtige jüngere...

Musikinstrumente... Fahrräder... Jandorf & Co...

Nur 6 Mark... Achtung! Nur weil Selbsthersteller!...

Dr. Elkan, Facharzt für... Knesebeckstr. 65/69...

Schwaben... Hergestellt in Schwaben...

Jandorf & Co... Belle-Alliance-Str. 1-2...

Jandorf & Co... Belle-Alliance-Str. 1-2...